

DEUTSCHE POLIZEI

Nr. 12 Dezember 2010 Zeitschrift der Gewerkschaft der Polizei



DEUTSCHER
PERSONALRÄTE
PREIS 2010

Personalräte ausgezeichnet

Eine Initiative der Zeitschrift
Der
Personalrat

In dieser Ausgabe:

Castor-Einsatz:
Mit leerem Magen die
politische Suppe ausgelöffelt

GdP-Service:
Die neue GdP-Kreditkarte ist da

BKA-Herbsttagung:
Gewaltphänomene – Strukturen,
Entwicklungen und Reaktionsbedarf

Seniorenjournal



Sicherheit ist Mehrwert

Die neue GdP-Kreditkarte ist da



Nach umfangreichen Gesprächen mit diversen Kartengebern hat sich die GdP für die DKB AG (Deutsche Kreditbank, Berlin) entschieden.

S. 5

Castor-Einsatz



Die Bürgerinitiativen haben ihre Linie „Keine Gewalt – und die Polizei ist nicht unser Gegner, sondern die Politik“ weitgehend durch- und eingehalten. Dennoch war es ein extrem schwerer Einsatz für die Kolleginnen und Kollegen vor Ort.

S. 12

DP-Weihnachts-Preisausschreiben

Es ist Wissen über die Bereitschaftspolizei gefragt.

S. 28

KURZ BERICHTET	2
AKTUELL Erste Meldung vom 24. Ordentlichen Bundeskongress der GdP	3
KOMMENTAR Wahrheiten	4
FORUM	4
GdP-SERVICE Die neue GdP-Kreditkarte ist da	5
TITEL/INTERESSENVERTRETUNG GdP-Personalrat bekommt ersten „Deutschen Personalräte-Preis“	6
SCHÖNEBERGER FORUM Diskussion um Streik	9
CASTOR-EINSATZ Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt	12
Einsatz oder Zumutung?	14
10 Stunden von der Versorgung abgeschnitten	17
Sieben Tage und sieben Nächte	17
RECHT A.C.A.B. – ist die Kollektivbeleidigung von Polizisten doch eine Volksverhetzung?	20
RECHT/URTEILE	21
BKA-HERBSTTAGUNG Gewaltphänomene – Strukturen, Entwicklungen und Reaktionsbedarf	22
VERKEHR Höheres Bußgeld für Winterreifenmuffel	27
DP-WEIHNACHTS-PREISAUSSCHREIBEN Wer weiß Bescheid über die Bereitschaftspolizei?	28
GLEICHGESCHLECHTLICHKEIT Unsere Organisation sollte es eigentlich gar nicht geben müssen	31
POLIZEISPORT Gold aus den Händen der Kurfürstin	32
Höchste Konzentration an 24 Brettern	33
I- UND K-TECHNIK Das Scheitern des Schengener Informationssystems (SIS II)	34
ANKÜNDIGUNG 11. Bundesseniorenfahrt der GdP geht nach Menorca, dem Sylt Spaniens	37
SENIORENJOURNAL	38
BÜCHER/IMPRESSUM	40



GdP-BUNDESKONGRESS:**Wahl und Beratung über 225 Anträge**

Wenn diese Zeitung erscheint, hat der 24. Ordentliche Bundeskongress der GdP bereits getagt. Vom 22. bis zum 24. November trafen sich 254 Delegierte aus dem ganzen Bundesgebiet in Berlin. Neben dem zentralen Thema „Gewalt gegen Polizisten“, dem massiven Stellenabbau bei der Polizei und den Folgen der Finanzkrise für die öffentlichen Haushalte beschäftigten sich die Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter in 225 Anträgen mit zahlreichen Themen, die den 170.000 in der GdP organisierten Polizeibeschäftigten auf den Nägeln brennen. Zudem wählten die Abgesandten der 18 GdP-Landesbezirke und -Bezirke einen neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand.

Die Berichterstattung von unserem Kongress ist in der Januar-Ausgabe nachzulesen oder aktuell im Internet unter www.gdp.de.

Die Wahlergebnisse konnten wir in letzter Minute auf der nebenstehenden Seite 3 noch in Druck geben. *red.*

LANDESDELEGIERTENTAG BAYERN:**GdP-Bayern hat neuen Vorsitzenden**

Der 55-jährige Polizeihauptkommissar Helmut Bahr von der Bereitschaftspolizei in Dachau wurde beim 22. Landesdelegiertentag am 4./5. November 2010 in Regensburg zum neuen Landesvorsitzenden der GdP Bayern gewählt. Er tritt damit die Nachfolge von Harald Schneider an, der aus Altersgründen und wegen seines Landtagsmandats nicht mehr für eine erneute Kandidatur zur Verfügung stand und den Landesbezirk Bayern seit 2005 führte. Helmut Bahr übergab dem scheidenden Landesvorsitzenden Harald



Helmut Bahr

Foto: privat

Schneider nach einstimmigem Beschluss eine Urkunde zum Ehrenvorsitzenden der Gewerkschaft der Polizei Bayern.

Als Themenschwerpunkte der kommenden Legislaturperiode bezeichnete Helmut Bahr den Sparkurs der Staatsregierung und die damit verbundenen negativen Auswirkungen sowie die Personalproblematik. Landesvorsitzender Bahr sagte bei seiner Abschlussrede: „Wir werden nicht locker lassen, bis die erreichten Ziele zum Wohle der Kolleginnen und Kollegen erreicht sind.“

Die bereits begonnenen Gespräche mit der Staatsregierung werden intensiviert. Eine Nachhaltigkeit und Verlässlichkeit beim Personalnachsatz ist eine absolute Grundsatzforderung der GdP. Dies ist kein Selbstzweck, sondern unabdingbare Voraussetzung für den hohen Sicherheitsstandard in Bayern.“

GdP-Bayern

GdP-SACHSEN:**Bürgerinnen und Bürger mit im Boot**

Wie fast überall will auch die Regierung in Sachsen in Zukunft bei der Polizei sparen. Der weitere Stellenabbau ist offenbar fest eingeplant. „Derzeit verfügt die Polizei über 13.911 Stellen (ohne Beamtinnen und Beamte in Ausbildung). 2020 sollen es 11.280 Stellen sein“, ist dem Diskussionspapier des Staatsministerium des Innern vom 8.11.2010 zu entnehmen. Die GdP in Sachsen machte deutlich, dass die Regierung mit dieser Strategie schlecht beraten wäre, denn die Auswirkungen auf die Sicherheit der Region wären gravierend: Man müsste sich u. a. von Aufgaben trennen, die nicht unmittelbar mit dem Leben von Menschen zu tun haben, die Präsenz im ländlichen Raum könnte nicht mehr gewährleistet werden und die Belastung für den verbleibenden Rest an Polizisten würde noch mehr steigen, obwohl sie jetzt schon einen Berg Überstunden vor sich her schieben. Die Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger würde Einschnitte hinnehmen müssen – nicht nur, weil sie z. B. länger warten müssten, bis schließlich ein gerufener Streifenwagen kommt.

All das scheinen aber die Entscheidungsträger billigend in Kauf nehmen zu wollen. Nicht so die GdP in Sachsen. Sie hat sich mit einer Unterschriftensammlung an die Bevölkerung gewandt, um gemeinsam diesem Sparwahn entgegenzutreten. Bis Weihnachten sollen den Entscheidungsträgern mindestens 5.000 Unterschriften auf den Gabentisch gelegt werden. Als „eine bodenlose Frechheit“ bezeichnete der GdP-Vorsitzende von Sachsen, Hagen Husgen, auch die Debatte über die Streichung der Sonderzahlung bei Polizistinnen und Polizisten. „Eine Sonderzahlung, die Sie sich, sehr geehrte Abgeordnete, schon vor zwei Jahren als feste Größe auf ihre



Über 12.000 Demonstranten hatten sich am 3. November 2010 in Dresden zur bisher größten Protestkundgebung seit der friedlichen Revolution 1989 versammelt – darunter rund 2.000 Polizistinnen und Polizisten.

Foto: Büschel

Monatsgehälter verteilen“, stellte er die Volksvertreter an den moralischen Pranger. *M. Büschel*



24. ORDENTLICHER BUNDESKONGRESS DER GdP: Bernhard Witthaut neuer GdP-Bundesvorsitzender

Kraftvoll begann der 24. Ordentliche Bundeskongress der GdP am 22. November 2010. Aktuell kann DP kurz vom ersten Kongresstag berichten, bevor die Zeitung in Druck ging.

Die 254 Delegierten entschieden am 22.11.2010 über den neuen Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) der GdP:

Mit deutlicher Zustimmung wurde der niedersächsische Polizeihauptkommissar Bernhard Witthaut (55) zum neuen GdP-Bundesvorsitzenden gewählt.

Als seine Stellvertreter wurden der Polizeihauptkommissar Frank Richter (51) aus Nordrhein-Westfalen, der saarländische Polizeidirektor Hugo Müller (51), der Uelzener Polizeihauptkommissar Jörg Radek (50) und die Berliner Polizeiangeestellte Kerstin Philipp (47) gewählt. Zum nunmehr dritten Mal wurde der brandenburger Kriminalhauptkommissar Andreas Schuster (51) in seinem Amt als Bundeskassierer bestätigt. Neu im Gremium ist der Kriminaloberrat Oliver Malchow

(47) aus Schleswig-Holstein; er wurde GdP-Bundesschriftführer. Als weitere GBV-Mitglieder wurden die niedersächsische Polizeiangeestellte Elke Gündner-Ede (54) und erstmals in dieses Gremium der hessische Erste Polizeihauptkommissar Jörg Bruchmüller (51) gewählt. **Tetz**



Der neue GdP-Bundesvorsitzende Bernhard Witthaut (r.) übernimmt das Amt von Konrad Freiberg (l.), der 10 Jahre lang die stärkste Interessenvertretung der Polizei führte und aus Altersgründen nicht mehr kandidierte.



Bundesinnenminister Thomas de Maizière bei seinem Grußwort. Ihre hohe Fachlichkeit würdigend, lud er die GdP spontan zu einem exklusiven Gespräch zur Sicherheitslage in Deutschland ein.



Der neu gewählte Geschäftsführende Bundesvorstand der GdP (v.l.): Jörg Bruchmüller, Andreas Schuster, Elke Gündner-Ede, Oliver Malchow, Bernhard Witthaut, Frank Richter, Kerstin Philipp, Jörg Radek und Hugo Müller. Fotos: Hagen Immel

Wahrheiten

„... das war der anstrengendste Einsatz, den ich jemals gemacht habe“, schrieb uns ein Kollege mit Blick auf seinen diesjährigen Castor-Einsatz (s. S. 17). Mit dem Gefühl ist er nicht allein.

Als GdP haben wir seit Jahren unsere Kolleginnen und Kollegen beim Castor-Einsatz begleitet. In diesem Jahr

war es extrem: Es waren mehr Demonstranten an der Strecke, als jemals zuvor – von 50.000 ist die Rede. Wir vom Betreuer-Team der GdP haben mit vielen von ihnen geredet, niemand wollte Gewalt, auch die Polizei nicht. Es waren überwiegend gewaltlose Proteste.

Die meisten Medien haben

diesen Grundtenor durchaus realistisch wiedergegeben: ein vielfältiges Bild gewaltloser, ideenreicher und konsequenter Demonstranten. Sie haben sehr wohl wahrgenommen, dass eine problematische Energiepolitik in Deutschland die Gemüter auch derer erhitzt hat, die sich sonst mit offenem Protest eher zurückhalten. Vielleicht geht es dem einen oder anderen Demonstranten inzwischen auch mehr um die bürgerfernen Alleingänge der Politiker insgesamt, wie sie es mit dem Beschluss über die Verlängerung der Laufzeiten für Kernkraftwerke wieder erfahren mussten. Jedenfalls war der ganze Protest nicht auf Krawall und Chaos aufgebaut.

Ganz anders sah das offensichtlich eine der großen Zeitungen. Sie brach-

te auf Seite 1 ein riesiges Foto eines Vermummten, der vermutlich gerade einen Brandsatz gegen ein Polizeifahrzeug schleudert.

Man punktet damit sicher in der Auflage, in der realitätsnahen Berichterstattung und in der medialen Verantwortung aber ganz und gar nicht.

Wer sich nach diesem Foto und der „aussagekräftigen“ Schlagzeile ein Bild von der Wendland-„Wahrheit“ machte, musste zwangsläufig darauf kommen: Da sind Chaoten unterwegs, mit denen sich die Polizei Schlachten liefert.

Wir haben es so nicht erlebt. Auch die Berichte unsere Kolleginnen und Kollegen offenbaren andere Wahrheiten. Nämlich u. a., dass es ein verdammt schwerer Job war, den sie in diesem Jahr machen mussten. Und zwar eben nicht, weil sie allenthalben gewalttätig angegriffen wurde, wie es besagter Aufmacher suggerieren wollte, sondern weil sie zum einen den Castor-Transport schützen, zum anderen aber auch das Recht auf friedliche Demonstration gewährleisten mussten – und das unter teilweise menschenunwürdigen Bedingungen.

So waren sie zum Beispiel über 30 Stunden pausenlos im Einsatz, etliche bekamen keine, verspätete oder nur unzureichende Verpflegung, hatten nur vier Stunden Schlaf bis zum nächsten Einsatz, waren durchgefroren, übermüdet und mussten doch immer besonnen und rechtsstaatlich handeln. Es war ein Einsatz bis zur absoluten Erschöpfung.

Was tatsächlich beim Castor-Einsatz schief gelaufen ist, das braucht in nächster Zeit schonungslose Aufklärung. Am Engagement und an der professionellen Arbeit unserer Kolleginnen und Kollegen vor Ort lassen wir jedenfalls nicht rütteln.



Zu: Das Alter = Kostenfaktor?, DP 10/10

Als pensionierter Staatsdiener bin ich für die Absenkung der Pensionen auf 63%. Für mich und viele andere in Mitteleuropa wäre das eine Erhöhung der Pensionen. Ich würde mit über 5% Plus im liegen!

Jochem Steinbiß, per E-Mail

Zu: Belastung zu einseitig, DP 10/10

Bis Juli 2010 kam ich noch in den Genuss des erhöhten Familienzuschlages. Der fiel mit dem Folgemonat weg. Das bedeutete für mich rund 70 Euro weniger Geld im Monat.

Was aber besonders ärgerlich ist, dass ich bei der Krankenkasse (AOK) sofort zur Kasse gebeten wurde. Meine Ehefrau ist ohne Arbeit. Durch den Krankenkassenzwang muss ich sie selbst in einer GKV versichern. Dazu wird zwar nur das halbe Gehalt angerechnet, aber dennoch ist es sehr viel Geld, jetzt stieg der Beitrag von 270 Euro auf aktuell 305 Euro/Monat. Künftig fallen dann auch noch die Zusatzbeiträge an. Diese Geschichte kostet mich jetzt 105 Euro im Monat. Unter den Polizeibeamten gibt es sehr viele, die in der gleichen Situation stecken. Ich frage mich nur, wo soll das noch hingehen. Die Arbeitgeberanteile werden auf Dauer eingefroren. Und was haben wir davon? Nichts!!

Reinhard Hanke, Rheda-Wiedenbrück

Zu: Titelbild, DP 11/10

Die Redaktion wurde vom Hersteller der Helme, die von den Kollegen auf der Titelbild getragen werden, darauf hingewiesen, dass offenbar die gelbe Schutzfolie von den Visieren nicht abgezogen wurde: „Es fällt die gelbe Tönung der Visiere auf; dies bedeutet, dass die gelbe Schutzfolie für die Anti-Beschlagscheibe ‚Pinlock‘ nicht entfernt wurde. Diese muss aber vor dem ersten Einsatz entfernt werden, da sonst das Durchschauen durch das Visier massiv erschwert und die Anti-Beschlagfunktion außer Kraft gesetzt wird. Da diese Problematik bereits des Öfteren an uns hereingetragen wurde, würden wir es begrüßen, wenn Sie auf diese sicherheitsrelevante Detail hinweisen könnten“, so der Hersteller.



Die neue GdP-Kreditkarte ist da

Da eine Fortführung unter Beibehaltung der bekannten Konditionen GdP/BHW mit der Landesbank Berlin (LBB) nicht möglich war, wurde die Geschäftsbeziehung mit der LBB zum 31.12.2009 beendet. Nun gibt es ein neues Angebot.

„Die vielen Nachfragen haben bestätigt, dass weiterhin ein starkes Interesse unserer Kolleginnen und Kollegen an einer GdP-Kreditkarte besteht. Wir haben daher umfangreiche Gespräche mit diversen Kartengebern geführt und uns für die DKB AG (Deutsche Kreditbank, Berlin) entschieden“, so Joachim Kranz, Geschäftsführer der Organisations- und Service-Gesellschaft der GdP mbH. Im Folgenden beantwortet er einige grundsätzliche Fragen:

Wer ist die Deutsche Kreditbank AG?

Die DKB mit Sitz in Berlin ist die zweitgrößte Direktbank Deutschlands und überzeugte uns mit einem umfangreichen Leistungsangebot. Mehr als 2 Millionen Privatkunden nutzen inzwischen das Internet Banking und die attraktiven Finanzierungsangebote. Dazu zählt vor allem das mehrfach ausgezeichnete DKB-Cash (Girokonto) in Verbindung mit der Kreditkarte.

Woraus besteht das Produktpaket GdP-VISA-Card mit DKB-Cash?

Das Produktpaket besteht aus der GdP-VISA-Card und dem DKB-Cash. Zur neuen GdP-VISA-Card erhalten Sie das kostenlose Internetkonto DKB-Cash. Die Abrechnung der GdP-VISA-Card erfolgt ausschließlich über das DKB-Cash.



Welche Leistungen bietet die GdP-VISA-Card mit DKB-Cash?

Die neue GdP-VISA-Card mit DKB-Cash ist als Kontopakete erhältlich und bietet folgendes Leistungsangebot:

- Kostenlose GdP-VISA-Card plus Partnerkarte
- Kostenloses, erforderliches Internetkonto DKB-Cash
- Kostenlose ec (Maestro)-Karte
- mit der GdP-VISA-Card weltweit an Geldautomaten kostenlos Bargeld abheben
- 1,65 % p.a. Guthabensverzinsung auf der GdP-VISA-Card bei täglicher Verfügbarkeit, ab dem erst Euro, Zinssatz variabel
- 0,5 % p.a. Guthabensverzinsung auf dem Internet-Konto, Zinssatz variabel
- max. 1.000 Euro (Sofort-)Dispositionskredit mit Eröffnung, vierteljährliche Abrechnung, Sollzinssatz variabel

Wann wird meine GdP-VISA-Card abgerechnet? Wann erfolgt die Abbuchung von meinem DKB-Cash Internet-Konto?

Die Abrechnung der Umsätze Ihrer DKB-VISA-Card erfolgt zum 22. eines Monats. Sofern Sie Ihr Kreditkartenlimit in Anspruch genommen haben, wird dieser Betrag in einer Summe von Ihrem Internet-Konto eingezogen.

Bei einem vorhandenen Guthaben auf Ihrer GdP-VISA-Card wird ein eingehender Rechnungsbetrag bzw. eine Bargeldverfügung sofort mit Ihrem Guthaben verrechnet.

Warum zwei unterschiedliche Zinssätze?

Das Guthaben auf dem DKB-Cash Internetkonto wird mit 0,5 % p.a. verzinst. Beträge die direkt auf die Kreditkarte eingezahlt werden, werden mit 1,65 % p.a. verzinst. Die Einzahlung auf die Kreditkarte erfolgt im Internet-Banking des DKB-Cash. Hier überweisen Sie einfach den entsprechenden Betrag vom Internetkonto auf die Kreditkarte.

Ab wann steht die Karte zur Verfügung? Wie beantrage ich sie?

Die GdP-VISA-Card mit DKB-Cash kann voraussichtlich ab dem 1.12.2010 auf der GdP-Homepage unter www.gdp.de/Kreditkarte beantragt werden.

Wer ist Ansprechpartner, falls es noch Fragen gibt?

Bei Fragen zu den Leistungen und der Abwicklung wenden Sie sich bitte an die Organisations- und Service-Gesellschaft der Gewerkschaft der Polizei mbH, Tel. 0211/ 7104-202 oder -201.

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion Deutsche Polizei
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-114
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-redaktion@gdp-online.de



**Die Redaktion von DEUTSCHE POLIZEI wünscht allen Leserinnen und Lesern friedliche und besinnliche Weihnachten und ein neues Jahr voller Gesundheit, Kraft und Lebensfreude.
Ein ganz besonderer Gruß geht an unsere Kolleginnen und Kollegen, die die Feiertage aus dienstlichen Gründen nicht bei ihren Familien verbringen können.**

Marion Tetzner, verantwortliche Redakteurin & Johanna Treuber, Mitarbeiterin

Foto: dpa



GdP-Personalrat bekommt ersten „Deutschen Personalräte-Preis“

Deutschland hat einen neuen Preis – den „Personalräte-Preis“. Und der wurde erstmals zum Auftakt des diesjährigen Schöneberger Forums am 9. November gemeinsam von der Fachzeitschrift „Der Personalrat“ aus dem Frankfurter Bund-Verlag und dem DGB-Bundesvorstand vergeben.

Es ist kein Preis, an dem Geld hängt. Es ist ein Preis, mit dem Zeichen gesetzt werden sollen. Denn es ist höchste Zeit, Zeichen zu setzen – wie die stellvertretende Vorsitzende des DGB, Ingrid Sehrbrock, die Preisvergabe im Schöneberger Rathaus vor Personalräten und

den Beschäftigten lastet, je mehr sind auch die Interessenvertretungen gefordert. Daher ist gerade in schwierigen Zeiten ihre Arbeit unverzichtbar. Ausdauer und Kraft braucht man in solchem Amt, man muss sich auch unbeliebt machen können und man braucht eine hohe Frustrationsto-

So wurden also unter dem Motto „Innovative Personalratsarbeit auch in schwierigen Zeiten“ mit dem Preis erstmals Initiativen und Projekte ausgezeichnet, die beispielhaft sind für den Einsatz von Personalräten, wenn es etwa um die Bewältigung von Krisen oder die Erhaltung und Schaffung von vollwertigen Arbeitsplätzen geht.

Beworben haben sich um den Preis 52 Projekte. Nominiert waren von der Jury, die aus Gewerkschaften, Wissenschaftlern und Praktikern bestand, davon 12, vergeben wurden schließlich sechs Preise:

Es gab einen goldenen, einen silbernen und einen bronzenen Personalräte-Preis, sowie einen Sonderpreis der HUK-COBURG (die den Preis sponserte), einen Sonderpreis der Jury und einen Preis der DGB-Jugend.

Bronze

Es lag schon ein wenig Spannung in der Luft, als schließlich der erste Preisträger, der für die Bronze-Variante genannt wurde: Er ging an den Hauptpersonalrat Polizei beim Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz. Dort konnte nach jahrelangem Einsatz und Nutzung aller Möglichkeiten des Per-

Bernd Becker, Mitglied im Vorstand des HPRP und stellvertretender Vorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz konnte für sein Team den Personalräte-Preis in Bronze in Empfang nehmen.

sonalvertretungsrechts das Gremium eine Dienstvereinbarung zum behördlichen Gesundheitsmanagement in der Polizei abschließen (s. dazu DP 7/2010, S. 11).

Den Preis nahm in Vertretung seines Teams Bernd Becker, Mitglied im Vorstand des Hauptpersonalrates Polizei und stellvertretender Vorsitzender der GdP Rheinland-Pfalz, entgegen (s. auch Interview S. 7).

Silber

Den Preis in Silber erhielt der Personalrat der Berliner Stadtreinigung, dem es mit zwei Projekten gelungen ist, nahezu

Gewerkschaftern aus ganz Deutschland einleitete. Und zwar Zeichen für die Wertschätzung der Personalräte-Arbeit, die viel zu oft kaum oder gar nicht wahrgenommen wird. Im Gegenteil. Viele Personalräte wissen aus eigener Erfahrung, dass sie in ihrer Arbeit nicht selten sogar Anfeindungen ausgesetzt sind. Und viele beobachten, je mehr die Belastungen am Arbeitsplatz wachsen, je mehr Druck auf

leranz.

Umso mehr verdienen die Personalräte mit ihren guten Ideen und ihrem hohen Engagement in der Umsetzung endlich den Respekt und Dank, der ihnen gebührt.

Der Preis soll daher Ehrung und Motivation für ihre Arbeit sein. Er soll aber auch die Arbeit der Personalräte in das öffentliche Blickfeld rücken.



50 Arbeitsplätze für leistungsgeminderte Beschäftigte zu schaffen.

Gold

Mit dem „Deutschen Personalräte-Preis 2010“ in Gold wurde schließlich der Hauptpersonalrat Gesamtschulen beim Ministerium für Schule und Weiterbildung des Landes Nordrhein-Westfalen ausgezeichnet. Das Gremium hat sich – im Rahmen der Mitbestimmung bei einer Erlassregelung – erfolgreich für eine einheitliche Einstufungspraxis von neu-einstellenden Beschäftigten eingesetzt. Damit konnte eine Verbesserung der Einkommenssituation von tarifbeschäftigten Lehrkräften erreicht werden.

Ergänzend zu den „Edelmetall“-Eh-rungen wurde von der HUK-COBURG ein Sonderpreis an den Gesamtpersonalrat Bremerhaven vergeben, der mit seinem Einsatz eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für schwangere Beschäftigte erreicht hat.

Der Sonderpreis der DGB-Jugend ging an den Gesamtpersonalrat der Bundesnetzagentur. Das Gremium wurde für sein Projekt „Wahlen als Grundelemente der Demokratie“ ausgezeichnet. Ziel war es dabei, Auszubildende für die Wahl zur Jugend- und Auszubildendenvertretung zu interessieren und zu motivieren.



War mit seinem Team unter den 12 Nominierten und wurde mit einer Urkunde geehrt: Josef Schumacher aus Rheinland-Pfalz mit dem Projekt „Schadstoffbelastung in der Innenraumluft“ (GPR Polizeipräsidium Trier).

Hinter jedem erfolgreichen Personalrat steht eine starke Gewerkschaft

In nahezu allen Personalräten in Rheinland-Pfalz hat die GdP Mehrheiten und stellt die Personalratsvorstände. Im Hauptpersonalrat (HPRP) beim Innenministerium gehören 13 der 19 Personalratsmitglieder der GdP an. Bernd Becker ist Mitglied im Vorstand des HPRP und nahm in Berlin stellvertretend für sein Team den „Deutschen Personalräte-Preis“ in Bronze in Empfang. Marion Tetzner sprach unmittelbar danach mit ihm.

Wie fühlt man sich, wenn man einen erstmals ausgeschriebenen Preis auf Anhieb erhält?

Ja klar, ich freu mich, aber es ist auch ungewohnt – das erste Mal in 30 Jahren Gewerkschafts- und Personalratsarbeit, dass offiziell etwas zurückkommt. Ich empfinde das als Wertschätzung für unsere Arbeit, die ansonsten meist im Verborgenen abläuft.

Wie kommt man zu solch einem Preis?

Wir haben mit unserer Initiative „Behördliches Gesundheitsmanagement (BGM) in der Polizei“ in Rheinland-Pfalz wohl einen wirklich langen Atem bewiesen. Seit 2003 versuchen wir dazu beizutragen, dass die Kolleginnen und Kollegen einen „menschengerechten“ Arbeitsplatz haben. Es geht uns dabei in erster Linie darum, Arbeitsbedingungen zu schaffen, die gar nicht erst krank machen. Im Idealfall trägt Arbeit zu sozialem, seelischem und in der Folge auch körperlichem Wohl-

Der „Deutsche Personalräte-Preis“ wird nun alle zwei Jahre vergeben. Hier die Ausschreibung für den Preis 2012:

Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden

Aufgrund der zunehmenden Komplexität der Arbeitswelt steigen die Anforderungen an Personalräte. Denn ohne ihre Einsatzbereitschaft und Motivation, sich für die Belange der Beschäftigten einzusetzen, bleiben viele und vieles auf der Strecke. Ganz gleich, ob es um Mitbestimmung, soziale Leistungen oder die Durchsetzung rechtlicher Ansprüche geht.

Die Zeitschrift „Der Personalrat“ lobt deshalb 2012 bereits zum zweiten Mal den „Deutschen Personalräte-Preis“ aus.

Unter dem Motto „Beispielhafte Personalratsarbeit in Bund, Ländern und Gemeinden“ werden Initiativen und Projekte ausgezeichnet, die die Schaffung oder den Erhalt von vollwertigen Arbeitsplätzen zum Ziel haben.

Als größte Selbsthilfeeinrichtung für den öffentlichen Dienst ist die HUK-COBURG als Partner und Förderer des „Deutschen Personalräte-Preises“ eingebunden. Die HUK-COBURG lobt einen Sonderpreis aus.

Als Personalrat sind Sie herzlich eingeladen, sich am „Deutschen Personalräte-Preis 2012“ zu beteiligen. Melden Sie Ihr Projekt doch gleich an. Mit dem Ausfüllen und Einsenden des Teilnahmebogens ist der erste große Schritt bereits getan.

Einsendeschluss ist der 30.6.2012.

Der Teilnahmebogen ist im Internet unter

<http://www.deutscherpersonalraete-preis.de/deutscherpersonalraete-preis/index.php> eingestellt.

Quelle: Der Personalrat





Der Abschluss der Dienstvereinbarung zum BGM ging nicht ohne den rheinland-pfälzischen Innenminister Karl Peter Bruch (SPD) – daher gemeinsame Freude über gemeinsam Erreichtes.

befinden bei. Die Kompetenzen, im Fachjargon: die Resilienz, der Beschäftigten zu stärken ist auch wichtig, aber eben erst in zweiter Linie.

Und was war das Innovative oder Besondere an Eurem Projekt?

2003 wurde bei uns die Lebensarbeitszeit auf 63 bzw. 65 Jahre (für den höheren Dienst) hochgesetzt. Das hat unserem Bemühen, auf die Belastungen durch den Polizeidienst hinzuweisen, wohl ganz besondere Bedeutung gegeben. Die Landesregierung hat übrigens in diesem Jahr auf 62 bzw. 64 Jahre reduziert. Besonders ist wohl auch, dass wir uns spätestens ab 2006 weitgehend gemeinsam mit der Dienstherrenseite weiter entwickeln. Und auch die sehr wirkungsvolle Zusammenarbeit mit der rheinland-pfälzischen Unfallkasse dürfte in dieser Form ein Novum sein. Und schließlich haben wir eine Dienstvereinbarung zum BGM abschließen können. Das ging natürlich auch nicht ohne Innenminister Karl Peter Bruch (SPD), der im Übrigen vor wenigen Wochen für seine 40-jährige Mitgliedschaft in der GdP geehrt wurde!

Du hast mal gesagt, hinter jedem erfolgreichen Personalrat steht eine starke Gewerkschaft. Wie sieht das bei Eurem Projekt konkret aus?

Es ist doch so: Für die Personalratsarbeit sind vom Dienstherrn bestimmte Voraussetzungen geschaffen. Wie die genutzt und ausgefüllt werden können, hängt ganz entscheidend davon ab, wie stark die Gewerkschaft ist, die hinter dem Personalrat steht, aber auch umgekehrt. Gewerkschafts- und Personalratsarbeit sind zwei Seiten einer Medaille. Es ist

schon eine weitere Besonderheit, dass die GdP als direkter Akteur des BGM auftritt und nicht nur – beispielsweise durch Personalratsseminare auf der „Meta-Ebene“ fungiert. Ganz konkrete Beiträge waren und sind beispielsweise: Lach-Yoga-Kurse im Seminar „Gemeinsam bewegen“, 11 durchgeführte GdP-Kanutouren, sechs Mal „rauchfrei & schlank mit der GdP“ oder das Zielgruppenseminar „Führen als DEP (Delegationsendpunkt)“ für Dienstgruppenleiter und vergleichbare Funktionsinhaber. Wir haben die Gesundheitsförderung zu einem wirklich großen Thema gemacht, an dem niemand mehr vorbei kann. Durch unseren Landesdelegiertentag 2006 zum Beispiel oder durch eine viel beachtete Schichtdienstkonferenz.

Selbst die Formulierung der Dienstvereinbarung hat davon profitiert, dass ich für die Bundes-GdP an der BGM-Vereinbarung zwischen DGB und BMI mitwirken durfte.

Ist Personalratsarbeit in Zeiten der personellen und finanziellen Probleme schwieriger geworden?

Diese Probleme haben immer eine Rolle gespielt – mal mehr, mal weniger. Ich denke, ein Großteil erfolgreicher Personalratsarbeit hängt auch von den handelnden Personen ab, von deren Überzeugungskraft, von Kontakten und Unterstützung. Man muss täglich daran arbeiten, sich sein positives Menschenbild zu erhalten, sowohl gegenüber der „Dienststelle“ als auch gegenüber all denen, die sich Hilfe erwarten. Die Kunst des Machbaren pflegen und dabei die wichtigen gewerkschaftlichen Ziele fest im Auge behalten. Wenn ich an die An-

fänge meiner Personalratsarbeit in den 80er Jahren zurückschauen, agieren wir heute wesentlich professioneller und konsequenter. Das hat mit der Qualifizierung durch die GdP zu tun und sicher auch damit, dass wir organisationsbedingt auf der örtlichen Ebene fast überall mindestens eine Freistellung haben.

Welches sind Eure gegenwärtigen Hauptprobleme?

Die Polizei wird immer älter. Stichwort: Demografische Entwicklung mit all ihren konkreten Auswirkungen. Es ist absehbar, dass hunderte, wenn nicht gar tausende Kolleginnen und Kollegen bis zur Erreichung des Ruhestands im Wechselschichtdienst arbeiten müssen. Wir müssen dort und anderswo für Arbeitsbedingungen sorgen, die die Chance erhöhen, dabei gesund zu bleiben. Schon heute geht es oft um die Frage, wie eingeschränkt dienstfähige Kollegen verwendet werden können.

Was macht zufrieden in der Personalratsarbeit?

Ein früherer Chef hat sich beim Personalrat und mir mit den folgenden öffentlichen Dankesworten verabschiedet: „Wir haben in den meisten Fällen gemeinsam bessere Lösungen gefunden, als sie jeder von uns alleine gefunden hätte“. Besser kann man das Prinzip der vertrauensvollen Zusammenarbeit wohl nicht beschreiben. Und so tut man sowohl Gutes für die Beschäftigten, als auch für die Leistungsfähigkeit der Polizei. Dabei muss man immer die richtige Balance zwischen Einzelinteressen und Gemeinwohl finden.

Wie sieht die Resonanz der Kolleginnen und Kollegen auf eure Arbeit aus?

Ich glaube, viele wissen gar nicht, wie Personalratsarbeit funktioniert und was wir als Personalräte erreicht haben oder wofür wir uns gerade einsetzen. Die Arbeit im Hintergrund, die dafür sorgt, dass gar nicht erst strittige Vorlagen in die Mitbestimmung kommen, ist das Wichtigste. Wir sollten wohl noch mal über die Informationsmöglichkeiten nachdenken. Jedenfalls sollten wir den Landesteil der Deutschen Polizei oder auch eigene Flugblätter konsequenter nutzen. Aber ob jemand gute oder schlechte Personalratsarbeit macht, ist wohl über Mundpropaganda Allen bekannt, die sich für ihr Arbeitsumfeld interessieren. Dabei ist es doch völlig klar, dass Vorgesetzte und Mitarbeiter miteinander mehr erreichen, als gegeneinander. Lass es mich mit Willi Brandt sagen: „Mehr Demokratie wagen!“



Diskussion um Streik

Ob Beamtinnen und Beamte streiken dürfen, steht für einen Teil der Fachleute und Betroffenen außer Frage. Bei der jährlichen Tagung des DGB zum öffentlichen Dienst zählte für einige eher das Wann. Rund 420 Teilnehmerinnen und Teilnehmer diskutierten im Schöneberger Rathaus in Berlin über das Motto „Mitbeteiligt, mitentschieden, mitbestimmt – für gute Arbeit im öffentlichen Dienst“. Personalräte und Beschäftigte zeigten sich dabei unzufrieden mit den rechtlichen Mitsprachemöglichkeiten über ihre Arbeitsbedingungen. Der DGB will, dass die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes darüber verhandeln können. Das sei umso notwendiger, da weitere Einsparungen, Stellenabbau und Reformen absehbar sind. Aber auch die Frage, wie alternde Belegschaften die an sie gestellten Anforderungen gesund bewältigen, erfordere die Beteiligung der Betroffenen.

In der Beamtenschaft wird der Ruf nach Streiks lauter. „Wann nehmen wir uns das Recht zu streiken?“, fragten Diskussteilnehmerinnen und -teilnehmer beim 13. Schöneberger Forum in Berlin,

Beteiligungsvereinbarungen, um ihre Interessen durchzusetzen. Ohne diese Möglichkeit muteten Gespräche mit den Dienstherren an wie „kollektive Bettelei“, sagte Ilse Schaad vom GEW-Hauptvorstand.

Rechtsnormen, unterstrich Schaad. Der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte habe in zwei Urteilen gegen die Türkei festgestellt, dass das Recht auf Kollektivverhandlungen und das Streikrecht als Menschenrecht geschützt sind. Deutsche Gerichte könnten diese Urteile nicht ignorieren, ist Schaad überzeugt. Die GEW will die Streitfrage rechtlich klären lassen.

Tapiola sah das Streikrecht als „logische Ergänzung“, um das Recht auf Kollektivverhandlungen wirksam ausüben zu können. Das Streikrecht könne jedoch – bezogen auf die Funktion der Beschäftigten – eingeschränkt werden, zum Beispiel für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes mit hoheitlichen Aufgaben wie Richterinnen und Richter



der Tagung des DGB zum öffentlichen Dienst. Die Frage war zugleich als Aufforderung an die Gewerkschaften gerichtet. Handlungsanleitungen zum Streik wurden bei der Veranstaltung am 9. und 10. November im Schöneberger Rathaus gewünscht und mehr Mut, zum Arbeitskampf aufzurufen. „Jedes Jahr gibt es weitere Einschnitte, gegen die wir uns nicht wehren können“, meldete sich ein Mitarbeiter des Bundeskriminalamts zu Wort. „Daher brauchen wir ein Streikrecht.“

Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter ebenso wie Referentinnen und Referenten des Diskussionsforums teilten die Auffassung, Beamtinnen und Beamte bräuchten ein wirkungsvolleres Mittel als

Politikgespräch: Der stellvertretende GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut befürwortet ein einheitliches Mitbestimmungsrecht für alle ArbeitnehmerInnen. (v.l.: Karl-Peter Bruch, Staatsminister im Ministerium des Innern und für Sport des Landes Rheinland-Pfalz, Ulrich Thöne, Vorsitzender der GEW, Moderatorin Petra Schwarz, Bernhard Witthaut und Achim Meerkamp, Mitglied im ver.di-Bundesvorstand.)

„Wenn Streiks verboten sind, kann man keine glaubwürdigen Tarifverhandlungen machen“, pflichtete Kari Tapiola von der Internationalen Arbeitsorganisation ILO bei. Schaad zufolge sind Streiks den deutschen Beamtinnen und Beamten nicht verboten – entgegen der herrschenden Meinung der Juristen, die auf die hergebrachten Grundsätze des Berufsbeamtentums im Grundgesetz verweisen. Das Festhalten an einem Streikverbot entspreche weder nationalen noch internationalen

und Zollbeamtinnen und -beamte. Statusbezogene Unterschiede zwischen Beamtinnen, Beamten und Tarifbeschäftigten sind hingegen in den ILO-Abkommen nicht vorgesehen, die der Großteil der Länder unterzeichnet hat. Tapiola bewertete Streik jedoch als ein Mittel, das im besten Fall nicht angewendet werden muss. Er riet dazu, zuerst zu verhandeln. Denn wer streike, gab der Direktor beim Internationalen Arbeitsamt zu bedenken, müsse auch eine Strategie entwickeln, „um aus dem



Streik wieder rauszukommen“. Ilse Schaad machte den Zuhörerinnen und Zuhörern bewusst: „Wenn wir zum Streik aufrufen, müssen wir unsere Mitglieder auch vor den Folgen schützen.“ Sie berichtete, dass zurzeit 5.000 LehrerInnen disziplinarrecht-

geschaffen, hob Bruch hervor. Der DGB fordert jedoch Verhandlungsrechte. Beamtinnen und Beamten sei es verwehrt, in einem demokratischen Prozess über ihre Arbeitsbedingungen mitzubestimmen, kritisierte die für Beamtenpolitik zuständige

anschluss: ein einheitliches Mitbestimmungsrecht für alle ArbeitnehmerInnen.

Achim Meerkamp, Mitglied des ver.di-Bundesvorstands, sprach sich dafür aus, das Betriebsverfassungsgesetz (BetrVG) zur gemeinsamen Grundlage zu machen. Der Bund habe seine Regelungskompetenz für das Personalvertretungsrecht mit der Föderalismusreform aufgegeben und an die Länder übertragen. Die Folge sei eine „diffuse Mitbestimmungskultur“. Das Personalvertretungsrecht gelte auch für alle Betriebe mit öffentlichen Strukturen wie das ZDF, enthalte jedoch keine so weitreichenden Befugnisse für die Mitarbeitervertretung wie das BetrVG. Daher kommt für Meerkamp ein Personalvertretungsrecht abseits des BetrVG nicht mehr in Frage.



Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand (GBV) der GdP (2. v. l.): „Die Verwaltungsreform macht krank.“ Beate Lohmann, im Bundesinnenministerium für Verwaltungsmodernisierung und -organisation zuständig (2. v. r.): „Die Arbeit müsse so organisiert werden, dass die Menschen ohne krank zu werden die Anforderungen meistern.“

liche Konsequenzen der Kultusbehörden drohten, weil sie einem Streikaufruf der GEW gefolgt waren.

Hohe Schwelle für die GdP

Die Kalkulation des Risikos eines Arbeitskampfes für die Mitglieder und die Organisation ist Carlos Sievers zufolge einer der Gründe für die unterschiedlich stark ausgeprägte Streikbereitschaft innerhalb der Einzelgewerkschaften des DGB. Der Leiter der Abteilung „Öffentlicher Sektor“ beim DGB Nord warb dafür um Verständnis und warnte vor gegenseitigen Schuldzuweisungen unter den Gewerkschaften. Während sich GEW-Mitglieder seit den achtziger Jahren immer wieder im Ausstand befinden, ist für die GdP die Schwelle zum Streik sehr hoch. Auch viele in der GdP organisierte Polizistinnen und Polizisten hielten Streik für unvereinbar mit ihrem Beruf.

Ebenso lehnt die Politik ein Streikrecht für Beamtinnen und Beamte ab. Der rheinland-pfälzische Innenminister Karl-Peter Bruch (SPD), ein ehemaliger Polizeibeamter, ist strikt dagegen. Er verwies ebenso wie Innenstaatssekretärin Cornelia Rogall-Grothe auf die Beteiligungsrechte der Gewerkschaften und Personalräte. Rheinland-Pfalz habe eines der modernsten Mitbestimmungsrechte im öffentlichen Dienst

stellvertretende DGB-Vorsitzende Ingrid Sehrbrock. „Es ist nicht nachvollziehbar, warum Beamtinnen und Beamten nicht zugestanden wird, was für Tarifbeschäftigte gilt und in anderen Ländern schon möglich ist“, beklagte sie.

Staatssekretärin Rogall-Grothe entgegnete, die Verfassung lasse Verhandlungsrechte nicht zu. „Solange wir ein Berufsbeamtentum haben, ist für echte Verhandlungen kein Raum.“ Sie widersprach jedoch dem Eindruck von Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern, dass die Beteiligungsgespräche letztendlich keinen Einfluss auf die Gesetzgebung hätten und lediglich Positionen ausgetauscht würden. „Das sind keine Pro-forma-Veranstaltungen“, betonte Rogall-Grothe. „Wir hören uns sehr genau an, was die Gewerkschaften zu sagen haben und prüfen das.“

Personalvertreterinnen und Personalvertreter kritisierten aber nicht nur mangelnde Einflussmöglichkeiten, ihr Mitspracherecht ist auch begrenzt. In Fragen der Besoldung oder Personalentscheidungen auf der höheren Leitungsebene werden sie nicht beteiligt, wie der stellvertretende GdP-Vorsitzende Bernhard Witthaut bemängelte. Eine Chance, die Mitbestimmung im öffentlichen Dienst auszuweiten, sieht er in einem Vorschlag von ver.di, dem sich der GEW-Vorsitzende Ulrich Thöne

Der DGB hält eine stärkere Beteiligung der Beschäftigten für umso dringlicher, weil sich ihre Arbeitsbedingungen und die Strukturen des öffentlichen Dienstes drastisch verändern. Der DGB begleitet den Wandel mit der Zielsetzung „Gute Arbeit“. Hinter diesem Motto steht ein Konzept, das die Beschäftigten in die Gestaltung ihrer Arbeitswelt einbezieht.

Bis 2014 werde der Bund weitere 10.000 Stellen abbauen, kündigte Staatssekretärin Rogall-Grothe an. Das Weihnachtsgeld wird weiter beschnitten. Die größte Veränderung steht jedoch bis zum Jahr 2030 bevor. Dann scheiden mehr als die Hälfte der Beschäftigten altersbedingt aus. Die Dienstherrn arbeiten darauf hin, indem sie bürokratische Verfahren vereinfachen und Arbeitsabläufe durch den Einsatz von Informationstechnologie verkürzen wollen. Führungskräfte sollen das Potenzial älterer und jüngerer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unter anderem durch Weiterbildungsangebote fördern. Gesundheitsmanagement und neue Arbeitszeitmodelle für einen gleitenden Übergang in den Ruhestand (FALTER-Modell) sollen dafür sorgen, dass die Menschen auch mit zunehmendem Alter leistungsfähig bleiben. Auf die skeptische Frage, wer dies angesichts des Personalrückgangs alles umsetzen solle, antwortete Rogall-Grothe: „Es bleiben noch welche übrig.“ Ein „Einstellungskorridor“ solle erhalten bleiben, um Stellen nachzubesetzen. Die Rahmenbedingungen im öffentlichen Dienst seien nicht schlecht für junge Nachwuchskräfte, meinte Rogall-Grothe. Zwar könne der öffentliche Dienst bei der Bezahlung nicht mit der Wirtschaft mithalten, räumte die Staatssekretärin ein, dafür stehe er aber besser da bei Möglichkeiten, Familie und Beruf zu vereinbaren.



Beschäftigte sollen Arbeitsbedingungen bewerten

Sehrbrock äußerte sich unzufrieden über das Vorgehen im Hinblick auf den demografischen Wandel, der eine zunehmende Zahl älterer Menschen und abnehmende Geburtenraten vorzeichnet. Sie vermisste einen systematischen Ansatz mit Erhebungen darüber, wie sich der öffentliche Dienst entwickeln werde und welche Qualifikationen in Zukunft gefragt seien. Cornelia Rogall-Grothe kündigte für das kommende Jahr eine Bestandsaufnahme an. Daraus soll eine Demografiestrategie entworfen werden. Sehrbrock forderte sie auf, den DGB-Index für „Gute Arbeit“ zu nutzen. Die stellvertretende DGB-Vorsitzende möchte, dass Beschäftigte im öffentlichen Dienst sich zu ihren Arbeitsbedingungen äußern und eine Bewertung

Jörg Radek, Mitglied des Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstandes bestätigte diesen Eindruck. „Die Verwaltungsreform macht den Staat unsichtbar“, stellte er fest und fügte eine zweite These an: „Die Verwaltungsreform macht krank.“ Am Beispiel Brandenburgs verdeutlichte Radek seine Kritik. Nachdem die Polizei dort die dritte Strukturreform durchlaufe, nehme der Bürger „die Polizei nicht mehr als solche wahr“. Die Dienststelle im Ort sei nicht mehr besetzt. „Da nützt es dem Bürger nichts, wenn er seine Anzeige jetzt per Computer erstatten kann“, sagte Radek bezogen auf elektronische Dienstleistungen, die den Verwaltungsaufwand reduzieren sollen. Immer mehr Arbeit konzentriere sich auf weniger Menschen, Erfahrungswissen gehe verloren. Die Bundespolizei habe nach drei Reformen nur noch 40.000 Beschäftigte. Ein Viertel von ihnen leidet Radek zufolge un-



Am GdP-Stand im Foyer des Schöneberger Rathauses – GBV-Mitglied Jörg Radek, Sibylle Oeffner-Pohl und Hand Adams von der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle. Fotos (6): Renate Stiebitz

darüber abgeben, wie bereits in der Privatwirtschaft üblich. Rogall-Grothe hielt das für überlegenswert.

Ungeachtet des demografischen Wandels, verändert sich der öffentliche Dienst bereits fortlaufend durch Modernisierungsprogramme und Strukturreformen. „Schlanker Staat“, „Moderner Staat“, „Innovative Verwaltung“ hießen die Programme aus den vergangenen 20 Jahren in der Bundesverwaltung. Sie sollten Bürokratie abbauen, Dienstleistungen einführen oder Personalabbau begleiten. Nach Ansicht des ver.di-Vorstands Achim Meerkamp ist die Verwaltungsreform am Ende. Ernüchterung sei eingetreten. Statt der Reformkonzepte seien nur ökonomische Interessen verfolgt worden. „Die Beschäftigten mussten erleben, dass sich nichts verbessert hat“, resümierte Meerkamp.

ter der psychischen Erkrankung Burn-out. „Verwaltungsreformen richten sich gegen die Menschen, nicht gegen die Strukturen“, klagte der Gewerkschafter.

Beate Lohmann, die sowohl die Verwaltungsmodernisierung steuert als auch selbst davon betroffen ist, sah nur einen Weg, um mit den Veränderungen zurechtzukommen. Die Arbeit müsse so organisiert werden, dass die Menschen ohne krank zu werden die Anforderungen meistern, legte die Abteilungsleiterin im Bundesinnenministerium dar. Lohmann, die dort für Verwaltungsmodernisierung und -organisation zuständig ist, will beispielsweise an den Zuständigkeiten zwischen den Ministerien ansetzen. Diese überschneiden sich in einzelnen Aufgabenbereichen.

2Barbara Haas



Mit leerem Magen die politische Suppe ausgelöffelt

Wieder Herbst im Wendland. Doch es war anders als vor zwei Jahren. Die parlamentarische Entscheidung vierzehn Tage vor dem Bahntransport der Castor-Behälter wiederbelebte die Anti-AKW-Bewegung.

Den Zorn und die Enttäuschung über die Verlängerung der AKW-Laufzeiten laden die Demonstranten bei der Polizei ab, die in einer unfreiwilligen wie undankbaren Puffer-Position und durch massive Einsatz-

dieser politischen Facette eine sehr menschliche: die Belastung der Einsatz- und Versorgungskräfte, die aus Sicht der GdP diesmal über ein vertretbares Maß hinausging.

Zu offensichtlich stand die Lagebewäl-

tigung und die Lagebereinigung im Mittelpunkt des Geschehens, wobei überlange Einsatzzeiten und die sich daraus ergebenden Folgen für die Versorgung nicht genügend beachtet oder gar übersehen wurden.

Einsatzzeiten von bis zu 26 Stunden und mehr sind nicht zu akzeptieren!

Nicht nur die Diskussion um Lenk- und



Sicherung der Castor-Transportstrecke in Leitstade Foto: ddp images/Jens Meyer

Überlastung zerrieben wird. Bereits im Vorfeld hat die GdP darauf verwiesen, dass die Beschlüsse zum Energiekonzept Deutschlands die Arbeit der Polizei während des Castor-Einsatzes weiter erschweren. Die Bürgerinitiativen haben ihre Linie „Keine Gewalt – und die Polizei ist nicht unser Gegner, sondern die Politik“ weitgehend durch- und eingehalten. Leider versuchten einige Straf- und Gewalttäter die positive Stimmungslage durch Angriffe auf Einsatzkräfte zu kippen. Zum Glück ist ihnen dieses nicht gelungen.

Im Ergebnis des diesjährigen Castor-Einsatzes muss aber konstatiert werden: Es gab mehr Demonstranten, mehr Polizei vor Ort, längere Fahrzeiten für unserer Kolleginnen und Kollegen und mehr Einsatzstunden.

Dieser Kreislauf lässt sich nur politisch durchbrechen.

Doch der Castor-Transport hat neben



GdP mitten im Geschehen – stellvertretender GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut (r.) und Jörg Radek, Mitglied im Geschäftsführenden Bundesvorstand der GdP. Foto: GdP



CASTOR-EINSATZ



Vitamin- und Salat-Team der Abteilung Ihme in der Unterkunft Neu-Tramm. Auch diese Kolleginnen arbeiteten bis zur Erschöpfung. Foto: Fischer

formiert wurden, wo die Einsatzkräfte im weiten Wendland standen. Die Hinweise, dass dies auf die vielen Blockaden zurückzuführen sei, kann von uns so nicht akzeptiert werden: Unsere Kolleginnen und Kollegen der JUNGEN GRUPPE sind mit ihren Zivilfahrzeugen bis zu den Einsatzkräften auf Schleich- und Nebenstrecken gelangt und konnten ihnen wenigstens heißen Kaffee oder Tee bringen.

So ist die Beschaffung von mobilen Küchen, Thermobehältern oder Toilettenwagen ebenso erneut zu fordern, wie Regenbekleidung.

Diese Aufzählung ist nicht abschließend. Die Belastungen dieses Einsatzes haben hier den gewerkschaftlichen Forderungen neue Argumente geliefert.

Im Fazit haben die Einsatzkräfte mit leerem Magen eine politische Suppe ausgelöffelt. Dass sie unter all den extremen Bedingungen dennoch besonnen und hoch professionell ihren Dienst absolviert ha-



Ruhezeiten, Unterbringung von Wechselkraftfahrern erhält durch diesen Castor-Einsatz neue Impulse. Auch die Diskussion um Personalstärken gehört intensiv in den Focus.

Aber es wurde auch darüber geklagt, dass die Einsatzkräfte trotz Minustemperatur teilweise nicht oder nur sehr spät mit heißen Getränken oder Suppe versorgt wurden. Das lag nach unserer Feststellung nicht an den Versorgungskräften, die auch bis zur Erschöpfung arbeiteten, sondern daran, dass sie nicht darüber in-

ben, das verdient absolute Hochachtung.

Davor konnten auch die Politiker die Augen nicht mehr verschließen. Jedenfalls gab es von ihnen parteiübergreifend jede Menge Lob für die Einsatzkräfte. Bleibt zu hoffen, dass sie auch die Grenzen der Belastbarkeit akzeptieren und sich u. a. für eine vernünftige, realitätsnahe Personalpolitik in der Polizei stark machen, damit solche Extrembelastungen nicht zum Alltag werden.

Jörg Radek



Einsatz oder Zumutung?

Die Idee, ein „Castor-Tagebuch“ zu schreiben, hatte ich schon vor zwei Jahren, als ich den ersten großen Einsatz nach Beendigung meines Studiums vor mir hatte. 2008 wurde es einfach eine schöne Erinnerung an die Momente eines großen Einsatzes, die einen zum Schmunzeln und Lachen gebracht haben – Momente, auf die ich mich auch dieses Jahr gefreut hatte, auch wenn jedem klar war, dass es ein anstrengender Einsatz werden würde. Doch dieses Jahr wurde dieses Tagebuch kurzerhand zu einer Dokumentation der Umstände, unter denen wir zu arbeiten hatten. Umstände, die nicht einfach so hingegenommen werden sollten. Denn so einen Einsatz will niemand von uns noch einmal erleben!

Im Nachhinein bin ich froh, dass ich von Anfang an alles aufgeschrieben habe, denn so ergibt sich jetzt die Möglichkeit, allen, die nicht dabei waren, einen Einblick zu vermitteln, wie wir uns gefühlt haben.

Samstag, 6.11.10, 21.20 Uhr

Wieder ist es soweit, der Castor rollt! Aber rollt er gerade wirklich? Oder steht er rum und wartet? So wie ich. Seit 17 Uhr warte ich auf einen Anruf. Denn ab 19 Uhr hätte es losgehen können. Die Taschen sind bereits verstaubt, der Einsatzanzug liegt neben mir. Ich bin bereit. In Bereitschaft. Moment! „Eine Rufbereitschaft ist nicht angeordnet.“, stand in der Mail, die wir bekommen haben. Das heißt, die Zeit, die ich hier sitze, ist keine Dienstzeit, nicht einmal zu einem Achtel. Aber was ist dann Rufbereitschaft, wenn nicht das hier? Ich sitze hier – und alle anderen Kollegen auch – und warte nur darauf, dass mich jemand anruft, um dann in kürzester Zeit losfahren zu können. Keine Rufbereitschaft? Keine Dienstzeit? Ich verstehe viel, aber das nicht!

Dazu kommt, dass es mittlerweile fast viereinhalb Stunden sind, die ich warte. Gut, dass Züge Verspätung haben, sind wir alle gewöhnt. In diesem Fall ist nur ausnahmsweise mal nicht die Deutsche Bahn schuld. Ich frage mich, ob ich vielleicht sogar gleich ins Bett gehen kann. Denn laut der Medien steht der Castor im Moment zwischen Mannheim und Darmstadt und kommt nicht weiter. Wie lange soll ich denn noch warten? Wohlgermerkt in meiner Freizeit.

Doch diese einfach scheinende Frage ist nicht zu beantworten, denn diejenigen, die zu entscheiden haben, wann es los geht, scheinen es selbst noch nicht zu wissen. Also heißt es: Warten!

21.50 Uhr

Es ist soweit, es geht los. Doch ich frage mich, wie es in einer einzigen Stunde möglich sein soll, am Treffpunkt zu sein, wenn man um 21.45 Uhr angerufen wird, 20 km

zur Heimatdienststelle fahren muss, dort den Bulli besteigt, dann Kollegen einer anderen Dienststelle abholen muss und anschließend noch mal 20 km zum Treffpunkt vor sich hat. Rein rechnerisch ist das unmöglich! Aber von uns wird es verlangt.

23.15 Uhr

Zu spät. Natürlich. Aber es stört keinen, es hatte nämlich niemand damit gerechnet, dass alle pünktlich da sind, bei der Weg-Zeit-Berechnung. Ich bin gespannt, was der Einsatz bringen wird. Warten wir es ab!

Sonntag, 7.11.10, 10.30 Uhr

Ich hätte nicht „Warten wir es ab“ sagen sollen. Genau das machen wir nämlich seit gestern Abend. Aber das war zu erwarten. Brücken an der Strecke zu bewachen, ist eben nicht das Spannendste, was der Beruf so mit sich bringt. Der Castor stand einige Stunden irgendwo vor Northeim. Aber so kamen die wichtigen Dinge des Lebens wenigstens nicht zu kurz. Zähneputzen auf einer Brücke bei 5° C ist nicht schön, aber ein Erlebnis. Sogar Zahnseide haben wir dabei! Wenigstens unser Wagen ist gemütlich.

Im Moment warten wir darauf, dass der Zug weiterfährt. Das soll in einer halben Stunde so weit sein und dann geht es wohl weiter in die Unterkunft zum Frühstück und Schlafen. Wir sind alle müde und haben Hunger nach jetzt gut 12 Stunden Dienst, aber die Stimmung ist recht gut und entspannt.

19.30 Uhr

Schlafen? Frühstück? Nein!
Wir haben direkt zum nächsten Einsatz verlegt. An die Gleise. Sitzblockade auf den Gleisen und Treckerblockaden auf den

Wegen dorthin. Jetzt, nach fast 22 Stunden Dienst, sitzen wir endlich mal kurz im warmen Auto und machen Pause. Uns ist bitterkalt, denn im Grunde stehen wir seit heute Mittag in der Kälte. Die Lunchpakete, die eigentlich nur für die letzte Nacht gedacht waren, sind so gut wie leer. Wenn überhaupt, sind noch Süßigkeiten über, die aber gerade niemandem helfen. Denn wir haben Hunger, aber es gibt nichts. Warum, weiß keiner. Denn die Kräfte sind ja jetzt auch alle an den Gleisen, da sollte auch ein Versorger durchkommen. Wir sind hungrig, genervt, müde, durchgefroren und der Rücken schmerzt unter der Schutzhaube. Aber ein Ende ist nicht in Sicht!

Nein, jetzt gilt es, sich aufzuwärmen, um dann wohl noch die Gleise zu räumen. Wie? Keine Ahnung, die Kraft wird dafür wohl kaum noch reichen ...

22.10 Uhr

Der Versorger ist da! Doch über Funk kam gerade, dass mein Hundertschaftsführer der Meinung ist, seine Hundertschaft müsse jetzt nicht gepflegt werden! Unglaublich!!! Ich nähere mich der völligen Erschöpfung! Ich habe Hunger! Ich kann nicht mehr! Ich bin soweit, einfach zu gehen, egal was hier irgendwelche Vorgesetzten sagen. Das ist mir egal! Genau das habe ich gerade in sehr gereiztem Ton meinem Halbzugführer gesagt. So kenne ich mich selbst gar nicht. Ich habe nicht mal mehr die Kraft, mich mit jemandem zu unterhalten, bin unglaublich gereizt.

Und so wie es aussieht, geht der Einsatz noch länger ... Wie ich das schaffen soll, weiß ich nicht. Ich funktioniere noch irgendwie, mehr aber auch nicht! Dazu habe ich Kopfschmerzen und weiß auch genau warum: zu wenig getrunken! Aber wenn man die Wahl hat zwischen ein bisschen Kopfschmerzen und bei fast 0° C und keiner dunklen Stelle im Wald (ist schließlich alles ausgeleuchtet) dorthin zu gehen, um eine Notdurft zu verrichten, entscheide ich mich für die Kopfschmerzen. Denn Toiletten gibt es für uns nicht! Für Männer mag das kein Problem sein, aber als Frau mittlerweile fast 12 Stunden keine Toilette mehr aufsuchen zu können ist eine Zumutung!

Auch an Ablösung ist nicht zu denken, angeblich kommen die Kräfte nicht durch ... Das glaubt hier aber niemand mehr!

Was wir jetzt eigentlich noch machen sollen, wissen wir nicht, denn Informationen bekommen wir kaum. Die zuverlässigste Informationsquelle ist der Castorticker, den wir hier regelmäßig auf unseren Smartphones lesen, um überhaupt mal irgendwas zu wissen. Angeblich soll der Zug die Nacht stehen bleiben. Was sollen wir dann hier?

>>>





CASTOR-EINSATZ

Montag, 8.11.10, 2.10 Uhr

So gegen 23.00 Uhr kamen wir endlich an Essen. Dünne Suppe mit Reis, nicht lecker, nicht genug und nicht sehr nahrhaft. Aber wenigstens warm! Das half ein bisschen, aber mein Nervenkostüm war so dünn mittlerweile, dass ich mich schon über das Überschwappen der Suppe aufgeregt habe, wie ich es sonst nur in Ausnahmesituationen tue ...

Gerade standen wir noch an den Gleisen und sollten räumen. Nach fast 30 Stunden Dienst! Wer bitte glaubt, dass da selbst der durchtrainierteste Mann auch nur einen einzigen Menschen trägt?

Gott sei Dank wurden wir bevor es dazu kam entlassen! Ich hätte in meinem Zustand auch kein einziges anständiges Gespräch mehr führen können. Also brechen wir jetzt auf zur Unterkunft. Endlich!!!

Aber so einfach wird das nicht! Treckerblockaden auf dem Heimweg! Das wird also dauern ...

4.15 Uhr

Endlich angekommen! Duschen, schlafen! Für mehr reicht es nicht. Selbst Hunger habe ich keinen mehr.

15.00 Uhr

Wenigstens die Unterkunft ist gut! Wir konnten schlafen, wobei das bei der Hellhörigkeit des Gebäudes auch ab 10 Uhr mehr ein Dösen, als erholsamer Schlaf war.

Endlich konnten wir richtig essen. So richtig an einem Tisch und vor allem, bis wir satt waren!

Alle haben Muskelkater und sehen unglaublich fertig aus. Kein Wunder nach 33 Stunden Dienst, davon ungefähr 15 aufgerodelt und ungefähr 4 Stunden Schlaf! Die Augen sind dick, der Kopf tut weh, die Muskeln schmerzen!

Weiter geht es wohl so gegen 17 Uhr, genau weiß das aber niemand. Der Castor steht beim Umladen und die Straßen sind voller Demonstranten. Von 1.500 ist hier die Rede – Castorticker! Wie wir auch nur einen Einzigen davon wegtragen sollen, fragen sich hier fast alle. Denn Dank der letzten eineinhalb Tage sind alle völlig erschöpft.

Noch ist von uns keiner ausgefallen wie in anderen Hundertschaften, aber das ist wohl reiner Zufall! Kurz davor waren gestern sicher einige!

Die Grundstimmung jetzt lässt sich gut als eine Mischung aus Erschöpfung, Frustration und Verständnislosigkeit beschreiben.

So behandelt man einfach keine Menschen! Kein Essen, keine Toiletten, keine Informationen! Und dazu dann solche Erkenntnisse, dass es in der GeSa Dixie-Klos

gab, die für uns angeblich nicht durchkommen! Dass wir alle sauer sind, sollte da niemanden wundern!

Ich fühle mich ausgenutzt wie ein Tier, das gut genug ist, für seinen Besitzer zu arbeiten. Aber darum kümmern? Wieso? Das kostet nur Geld und Zeit! Solche Erlebnisse lassen mich mein Vertrauen an den Dienstherrn verlieren ...

19.00 Uhr

Auf geht es zum nächsten Einsatz. Gorleben.

Irgendwann am heutigen Tage drang die Information zu uns durch, dass 14 Hundertschaften nachgezogen wurden. Wie kann es sein, dass man sich mit dem Kräfteansatz so sehr verschätzt, wo seit Monaten über die Vorhaben der Demonstranten in sämtlichen Medien berichtet wird? Es herrscht wieder Unverständnis!

21.00 Uhr

Endlich passiert mal etwas, was uns allen wohl ein Lächeln ins Gesicht zaubert: Irgendjemand konnte auf dem Weg nach Gorleben nicht mehr an sich halten und so steht nun eine gesamte Abteilung auf einer Landstraße. Gruppen-Pieseln! Ein lustiger Anblick.

Allerdings vergeht mir das Lachen schnell wieder, wenn ich daran denke, dass ich wohl einige Zeit wieder keine Toilette sehen werde.

23.05 Uhr

Treckerblockade! Also wird die jetzt erst einmal geräumt, bevor es weiter gehen kann.

Dienstag, 9.11.10, 3.05 Uhr

Auf geht es an die Strecke in Gorleben, unmittelbar vor dem Zwischenlager. Eine riesige Sitzblockade muss hier geräumt werden und wir werden die geräumte Strecke dann sichern. Also stellen wir uns wieder auf einige Stunden in der Kälte ein ...

10.20 Uhr

Endlich geschafft! Der Castor ist drin! Aber wieder mussten wir um Verpflegung betteln. Wenn sich ein Versorger schon anbietet zu kommen, und man über Funk dann von der Führung hört, dass das gar nicht nötig sei, obwohl alle hungrig sind und dringend etwas Warmes gebrauchen könnten, um die nächsten Stunden ansatzweise durchzuhalten, verliert man auch das letzte Stück Vertrauen.

Mir ist kalt, meine Füße spüre ich nur noch an den Stellen, die vom langen Stehen so schmerzen, dass ich nie wieder laufen will.

Ich will nur noch schlafen. Und alle anderen wohl auch, zumindest sehen sie so aus!

13.45 Uhr

Die Rückfahrt zur Unterkunft habe ich kaum mitbekommen. In 10 Minuten ist Abfahrt, es geht nach Hause! Endlich ins Bett und ausschlafen! Ich bin völlig erschöpft.

So geht der Einsatz also zu Ende. 66 Stunden Dienst in nicht ganz drei Tagen!

Ich habe mit vielem gerechnet, auch damit, an meine Grenzen gehen zu müssen. Das gehört zu diesem Beruf dazu und darüber beschwert sich auch niemand.

Aber dass es so schlimm kommt, hätte niemand von uns gedacht. Es entsteht der Eindruck, dass an allen Ecken und Enden gespart wird. Vor allem bei denen, ohne die dieser Einsatz nicht möglich gewesen wäre, bei uns Einsatzkräften. Wenn man an seine Grenzen der körperlichen und psychischen Belastbarkeit geht, erwartet man zu Recht, dass die Führung alles tut, um es zumindest einigermaßen erträglich zu machen. Dazu gehören eine angemessene Verpflegung, die Möglichkeit, auf eine Toilette zu gehen und zumindest die Bemühungen, Kräfte, die seit mehr als 24 Stunden im Einsatz sind, abzulösen. Doch davon war nichts zu erkennen. Und das ist schockierend.

Es scheint, als sei das Bestreben, den Medien einen reibungslosen Einsatz zu liefern, größer, als sich um das Wohl der eigenen Kräfte zu kümmern.

Ich persönlich stelle mir die Frage, wie so etwas sein kann!? Ich fühle mich ausgenutzt!

Heute, zwei Tage nach dem Einsatz, lag ich den ganzen Tag auf dem Sofa, habe Husten, fühle mich krank. Und ich werde nicht die Einzige sein. Kein Wunder nach den vielen Stunden in der Kälte. Dazu kommt, dass anscheinend um jede Minute Dienstzeit gefeilscht wird, was zusätzlich zu Verärgerung führt! Verständlicherweise.

Im Studium habe ich gelernt, dass der Beamte die Pflicht zur Gesunderhaltung hat und der Dienstherr eine Fürsorgepflicht. Von dieser Fürsorge haben wir alle nichts bemerkt. Im Gegenteil, es schien, als wolle man mit allen Mitteln den Einsatz durchziehen, auch wenn es auf Kosten der Gesundheit der eigenen Kräfte geht!

Das Mindeste, was ich erwarte, ist die Anrechnung der Rufbereitschaft, eine Vollvergütung der Einsatzzeiten und vor allem: eine Entschuldigung!

Doch das Vertrauen zum Dienstherrn ist so sehr erschüttert, dass ich daran nicht ernsthaft glaube.

Das traurige Ergebnis eines Einsatzes ...

Name ist der Redaktion bekannt



Der kurze Einsatzbericht:

10 Stunden von der Versorgung abgeschnitten

Wir sind bereits am Donnerstag, dem 4.11., angereist, dann haben wir erst mal nur abgewartet und abgesichert. Wir hatten einen ersten Kontakt zu einem GdP-Betreuungsteam, das war alles locker, die Kolleginnen und Kollegen hatten noch Kräfte.

Später waren wir bei Hitzacker für Straßenkontrollen eingesetzt – nach 14 Stunden ging es in die Unterkunft, um vier Stunden zu schlafen.

Morgens um 4 Uhr sind wir wieder in den Einsatzraum zu Kontrollen gefahren. Ab 12 Uhr ging es dann richtig los: Wir sollten Sitzblockaden bei Halingen absperren. Allerdings mussten wir zwei Kilometer vor unserem Einsatzort wegen einer Treckerblockade absetzen. Zu Fuß ging es also bis zum Einsatzort, wo wir die Kollegen aus NRW ausgelöst haben, die 37 Stunden im Einsatz waren!

Nun standen wir am Gleisbett neben den Demonstranten. Nach sechs Stunden mussten wir eine steile Böschung hoch, dort haben wir gestanden, bis die Räumung zu Ende war; das ging bis in die Nacht ...

Zwischenzeitlich hat eines BSFE aus Sachsen uns ihre Autos zur Verfügung gestellt (unsere eigenen waren ja zwei Kilometer entfernt), damit wir mal ein paar Minuten ausruhen konnten: für knapp 15 Minuten Füße hoch und Augen zu.

Gegen vier Uhr früh konnten wir dann endlich zu unseren eigenen Fahrzeugen, aber wieder konnten wir nur kurz ausru-

hen, dann haben wir die restliche Räumung beigeitet. Gegen Mittag waren wir in der Kaserne.

Wir waren also seit vier Uhr früh des vorigen Tages im Einsatz und entsprechend fertig. Übrigens auch, weil wir einfach Hunger hatten! Die Versorger kamen nicht ran, wurde uns gesagt – somit waren wir rund 10 Stunden von der Versorgung abgeschnitten. Glücklicherweise hatte ich fünf Würstchen mit – die wurden natürlich brüderlich geteilt. Zur Selbstversorgung gehörte bei den meisten auch eine 1,5 l Flasche Wasser.

Nach diesem unfreiwilligen Fasten gab

es übrigens die leckerste Gulaschsuppe die ich je gegessen habe. Die Verpflegung (wenn wir welche bekommen haben) der Einsatzküchen war übrigens während des ganzen Einsatzes immer top in Ordnung!

Insgesamt muss ich sagen, das war der anstrengendste Einsatz, den ich jemals gemacht habe. Für manch andere Kolleginnen und Kollegen war es allerdings die Hölle – vor allem für die Älteren. Bis zu 18 Stunden stehen, dann räumen und das ohne Essen – das machen weder Rücken, noch Magen, noch Psyche unbeschadet mit.
Georg Heinrich

Sieben Tage und sieben Nächte

JUNGE GRUPPE (GdP) im Wendland-Einsatz

Wie bereits in den vielen Jahren zuvor, hatten es sich auch dieses Jahr wieder Kolleginnen und Kollegen der JUNGE GRUPPE (GdP) zur Aufgabe gemacht, die beim Castor-Transport eingesetzten Polizeikräfte im Wendland zu betreuen.

Die neun jungen Menschen, die größtenteils dafür extra Urlaub genommen hatten, brauchten in diesem Jahr jedoch besonders viel Energie, um die zahlreichen Aufträge und Wünsche der Kolleginnen und Kollegen zu erfüllen. Denn nicht selten wurden bei den Einsatzkräften aus einfachen Schichten Doppelschichten – und das sieben Tage und Nächte lang.

Immerhin war es einer der größten und teuersten Castor-Einsätze, die das Wendland je erlebt hat.

Rund 20.000 Kolleginnen und Kollegen waren permanent im Dauereinsatz. Aber auch diese immense Anzahl ließ die Motivation im Betreuungsteam nicht sinken; vielmehr war es zusätzlicher Ansporn. >

CASTOR-EINSATZ

Wir boten, wie auch in den vergangenen Jahren, z. B. wieder einen Einkaufsservice an, von dem intensiver Gebrauch gemacht wurde. Allein durch diesen Service versorgten wir mehr als 100 Kollegen u.a. mit Lautsprecherboxen, Radios, Hygieneartikel, Badeschlappen, Handys, Zigaretten und noch vielem mehr.



Aber auch den Hilferufen mehrerer Hundertschaften, die mehr als 24 Stunden im Einsatz ohne ausreichend Essen und Getränke waren, kamen wir nach. Spontan fuhren wir eine Unterkunft in Dannenberg (Sägewerk) an und nach kurzer Erläuterung der Sachlage erklärte sich der dortige Küchenchef sofort

Sorgte unermüdlich für Nachschub: Torsten Rohde, bei der GdP (Bund) zuständiger Referent für die JUNGE GRUPPE, war Tag und Nacht im Betreuungseinsatz.

bereit, die Verpflegung für die Kollegen herzurichten. Eine knappe Stunde später konnten wir den Hundertschaften heiße Suppe, Brötchen, Schnitzel, Berliner und Kaltgetränke liefern. Die Freude und Dankbarkeit war für uns weitere Motivati-



Aufmunterung durch einen heißen Kaffee.

on, das bestmögliche für die Kollegen und Kolleginnen vor Ort zu leisten.

Darüber hinaus erfreuten der von uns angebotene Kaffee, Tee, Cappuccino und vor allem die heiße Brühe die Kolleginnen und Kollegen an der Strecke im hohen Maße. Auch unsere Süßigkeiten Castor-

Buttons und Flaschenöffner fanden einen reißenden Absatz.

Insgesamt fuhren wir mit zwei Fahrzeugen mehr als 6.000 km im Einsatzgebiet zwischen Lüneburg und Gorleben permanent auf und ab und versuchten, so viele Kolleginnen und Kollegen wie möglich



Auch Jens Berner fand kaum Schlaf im Wendland-Einsatz: Seine „süße Fracht“ – vor allem die Schokoriegel – waren Tag und Nacht begehrt.

Ich möchte mich bei allen Kolleginnen und Kollegen bedanken, die in den GdP-Betreuungsteams im Einsatz waren. Sie alle haben mit dazu beigetragen, dass wir als GdP hervorragende Arbeit geleistet haben. Sie haben einen richtig guten „Job“ gemacht – gleich ob sie im Wendland oder in den an der Strecke liegenden Bundesländern eingesetzt waren.

Ausdrücklich bedanke ich mich in diesem Zusammenhang bei unserer JUNGEN GRUPPE, die fast immer da war, wenn Kolleginnen/Kollegen um Unterstützung gebeten haben. Das war Klasse!!!

*Bernhard Witthaut,
stellv. Bundesvorsitzender*



CASTOR-EINSATZ

zu erreichen. Leider behinderten viele Blockadeaktionen und demonstrative Auseinandersetzungen den polizeilichen aber auch unseren Einsatz. Dennoch konnten wir mehr als 4.000 Kolleginnen und Kollegen erreichen, sie betreuen und mit Kleinigkeiten hoffentlich ein wenig erfreuen. Darüber hinaus wurden viele sehr interessante Gespräche vor Ort geführt. So konnten wir sogar drei Kollegen auf deren ausdrücklichen Wunsch als Neumitglied für die GdP gewinnen.

Auch vor persönlichen und telefonischen Gesprächen mit Hundertschaftsführern zur schnellen und unkomplizierten Lösung der Probleme von Einsatzkräften vor Ort scheuten wir uns nicht. Zum Beispiel ist es der JUNGEN GRUPPE (GdP) auf Nachfrage der Kollegen gelungen, abermals die Versorgung einer ganzen Hundertschaft mit Essen und Trinken zu sichern.

Ein großer Dank gilt an dieser Stelle erneut den Einsatzküchen der Unterkünfte, die uns wie in den Vorjahren sehr unterstützten. Ein Lob geht an dieser Stelle auch an die Einsatzleitung aber auch gilt der Dank den vielen Helfern im Vorfeld, die die vielen Unterkünfte u.a. mit tausenden von Betten, Matratzen u.v.m. ausstatteten sowie eine logistische Leistung verbrachten, wie sie noch niemals zuvor dagewesen war.

Wir alle vom Aktiv-Plus-Betreuungsteam der JUNGE GRUPPE (GdP) bedanken uns auch bei allen Kolleginnen und Kollegen, dass wir so aufgenommen wurden, wie wir es uns erhofft haben. Wir werden auch beim nächsten Castor-Transport im Wendland vor Ort sein, um Euch bei Eurem schweren Einsatz zu unterstützen. Ihr habt einen sehr guten Job gemacht. Vielen Dank!

Dirk Weis

Diese Küche war super!



Mit diesem Foto haben wir der Küchenmannschaft vor Ort unser Dankeschön gesagt.

Ein ganz herzliches Dankeschön geht an alle Beschäftigten der BePo-Küche in Lüchow. Wir sind dort vom 22.10. bis 2.11. bestens mit sehr schmackhaftem, abwechslungsreichem und gehaltvollem Essen versorgt worden. Da wir von 5 Uhr morgens bis 11 Uhr abends im Einsatz waren, bekamen wir warmes Essen in Thermophoren geliefert. Dabei waren die Portionen immer mehr als großzügig bemessen. Für zwischendurch haben Müsli-Riegel und Süßigkeiten für Energie gesorgt. Die Mitarbeiter

waren jederzeit ausgesprochen nett, zuvorkommend und erfüllten uns auch Sonderwünsche (z.B. einen Geburtstagskuchen). All das trug zur guten Laune in unseren Reihen bei – und die galt es in solch einem langen Einsatz zu erhalten. Selbst die Pferde wurden nicht vergessen und mit Leckereien bedacht.

Solch eine Küche wünschte man sich auf jedem mehrtägigen Einsatz.

Also nochmals herzlichen Dank der Küchenchefin Frau Schmitz und ihrer Crew. *Die Reiterstaffel Hannover*



A.C.A.B. – ist die Kollektivbeleidigung von Polizisten doch eine Volksverhetzung?

Eine neue Betrachtung eines alten Problems

„All Cops Are Bastards“ (A.C.A.B.) ist eine häufig verwendete Parole gegen die Polizei, die mittlerweile auch zu einem Kampfbegriff in der Konfrontation zum Staat schlechthin gebraucht wird. Sie findet Verwendung insbesondere im politisch extremen Spektrum, sowohl Links als auch Rechts. Viele wissen, das Tragen eines T-Shirts mit oder die Äußerung der Parole ist strafrechtlich nur dann relevant, wenn sie sich auf eine konkrete Person bezieht. Das bloße Zeigen, das allgemeine Äußern der Parole ist nach höchstrichterlicher Rechtsprechung derzeit nicht strafbar.

Wer sich vor Augen führt, dass immer mehr Polizeibeamte im Dienst verletzt werden, dass die linksextreme Gewalt insbesondere in den letzten zwei Jahren massiv angestiegen ist und wer es für zutreffend hält, dass ein deutlich wachsender Teil der Gesellschaft eine nicht unerhebliche Staatsferne zeigt, der muss sich fragen, ob es aktuell auch unter rechtlichen Aspekten richtig ist, dass das Tragen und Entäußern einer unzweifelhaft beleidigenden Parole nach wie vor strafrechtlich ungesühnt bleiben soll.

Der GdP-Bundesvorsitzende, Konrad Freiberg, hat im Rahmen der Kampagne „Keine Gewalt gegen Polizisten“ den Aspekt „A.C.A.B.“ aufgegriffen und sich in einem offenen Brief an den Bundesinnenminister gewandt. Freiberg schreibt darin: „Diese strafrechtliche Einordnung mag bei der bestehenden Gesetzeslage zutreffend sein, aber für alle Polizeibeamtinnen und -beamten ist der Spruch und die Abkürzung „A.C.A.B.“ auch im Zusammenhang mit entsprechender Kleidung ein Schlag ins Gesicht, der nicht hingenommen werden kann. (...) In diesem Zusammenhang halten wir es auch für unerträglich, dass beispielsweise das große Versandunternehmen Amazon auf seinem Portal durch Dritte Kleidung mit der Kombination „A.C.A.B.“ anbietet und die Auffassung vertritt, dass dies in Ermangelung eines Verbots so in Ordnung sei.“ Der Bundesinnenminister ließ durch seinen Staatssekretär antworten. Staatssekretär Fritsche gibt der GdP einerseits in der politischen Einordnung Recht, sieht aber andererseits aufgrund der bestehenden Rechtslage keinen Handlungsbedarf.

Möglicherweise sollte man sich aber die Beurteilung der Rechtslage auch im Lichte

der aktuellen Untersuchung über das Ausmaß der Gewalt gegen Polizisten nicht ganz so einfach machen.

Das Kammergericht Berlin hat in einem vergleichbaren Verfahren nochmals Grundsätze für die rechtliche Einordnung von Kollektivbeleidigungen unter den § 130 StGB (Volksverhetzung) formuliert. Für die Frage, ob ein Angriff auf die Menschenwürde durch eine entsprechende inkriminierende Äußerung vorliegt, sei auf die gesamten Umstände in Form einer Gesamtschau abzustellen. Zum einen sei zu berücksichtigen, dass in dem Merkmal des Angriffs auf die Menschenwürde bereits eine maßgebliche tatbestandliche Einschränkung liege. Sie stelle sicher, dass nur besonders massive Diskriminierungen und Diffamierungen als strafbar angesehen werden. Ein solcher Angriff liege vor, wenn den angegriffenen Personen ihr ungeschmälertes Lebensrecht als gleichwertige Persönlichkeiten in der staatlichen Gemeinschaft bestritten wird und sie als unterwertige Wesen behandelt werden. Angriffe, die sich ausschließlich mit den beruflichen Funktionen der angegriffenen Gruppenmitglieder befassen, seien regelmäßig nur dann geeignet diese im Kernbereich ihrer Persönlichkeit zu treffen, wenn sich daraus zugleich der Schluss ergibt, diese Tätigkeit charakterisiere den, der sie ausübe, als „unterwertiges Wesen“ und nehme ihm sein Lebensrecht als gleichwertige Person.

Es kommt also bei der Beurteilung im Falle „A.C.A.B.“ darauf an, welchen Wortsinne und welchen Wertungsgehalt der ins Deutsche übersetzte Satz „Alle Polizisten sind Bastarde“ hat. Führt man sich den im deutschen Sprachraum gebräuchlichen Ursprung des Begriffs Bastard vor Augen, wonach ein Adliger einen Nichtadligen als Bastard im Sinne ‚Träger unreinen, minderwertigen Blutes‘ bezeichnet bzw. ein Bastard ein unreines, d. h. uneheliches Kind sei, liegt es wohl nahe, dass die Bezeichnung eines Menschen als Bastard klar zum Ausdruck bringt, dass der als solches bezeichnete Mensch eben in den Augen des Entäußernden unter- bzw. minderwertig ist.

Im Übrigen darf nicht außer Acht gelassen werden, dass es sich im Gegensatz zu den rechtlichen Auseinandersetzungen über die Bezeichnungen „Soldaten sind Mörder“ bzw. „Morden, ja“ (durch die Bun-

deswehr) bei der Formulierung „A.C.A.B.“ keineswegs um einen politischen Streit, eine gesellschaftliche Auseinandersetzung oder eine Schmähkritik handelt. Daraus folgt nach der hier vertretenen Auffassung, dass das Maß des Zulässigen oder Erträglichen deutlich geringer anzusetzen ist.

Ein weiterer Aspekt des § 130 StGB ist die Tatbestandsalternative, die eine Handlung als Volksverhetzung unter Strafe stellt, die in einer Weise erfolgt, die geeignet ist, den öffentlichen Frieden zu stören. In diesem Kontext ist die konkrete Eignung zur Friedensstörung besonders von Interesse. Hier sind Kriterien zu erarbeiten, die bei der Prüfung der Eignung einer friedensstörenden Handlung heranzuziehen sind: Z. B. Inhalt und Intensität des Angriffs, die Empfänglichkeit der Öffentlichkeit für solche Angriffe und das Vorhandensein offener oder latenter Gewaltpotenziale gegen die betroffene Gruppe. Insbesondere das Vorhandensein von Gewaltpotenzialen ist deshalb von Interesse, weil gerade die von der GdP initiierte Studie des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen (KFN) beweist, dass das gegen die Polizei wirkende Gewaltpotenzial deutlich größer geworden ist. Wenn die Obergerichte das Gewaltpotenzial-Problem im Zusammenhang mit der Volksverhetzung bei Juden-, Türken- oder Ausländerhetze uneingeschränkt bejahen, dann muss angesichts der jüngsten Erkenntnisse über die alltäglichen Angriffe auf Polizisten klar die Schlussfolgerung gezogen werden, dass die Hetze gegen Polizisten, die sich in der Verwendung der „A.C.A.B.“-Formulierung zeigt, positiv in die rechtliche Beurteilung des Tatbestandes ‚Volksverhetzung durch Störung des öffentlichen Friedens‘ einbezogen werden muss. Auch aus diesem Grund erscheint es als besonders wichtig, das Ausmaß der täglichen Gewalt gegen Polizisten noch stärker zu thematisieren.

Es sprechen somit einige Argumente dafür, den juristischen Streit über die Frage, ob „A.C.A.B.“ eine Volksverhetzung durch Störung der öffentlichen Friedens und Angriffs auf die Menschenwürde darstellt, wieder aufzunehmen. Vielleicht wird dann auch ein sehr großes Versandhaus im Internet darüber nachdenken, ob es noch vertretbar ist, T-Shirts mit dem Aufdruck „A.C.A.B.“ zu verkaufen. **Sascha Braun**





Aufstieg von einer Laufbahn in die nächst höhere Laufbahn

Der Aufstieg eines Beamten in die nächst höhere Laufbahn bildet im Hinblick auf das Laufbahnprinzip sowie auf die zu stellenden Anforderungen an Eignung und Leistung, die über die Anforderungen der bisherigen Laufbahn wesentlich hinausgehen, die Ausnahme. Soweit nun der Dienstherr in dem dadurch vorgegebenen Rahmen Stellen für Aufstiegsbewerber vorsieht, steuert er schon den Zugang zum Aufstiegsverfahren nach seinem Eignungsurteil und seinem personalpolitischen Ermessen: Ihm ist eine verwaltungsgerichtlich nur beschränkt nachprüfbare Beurteilungsermächtigung für die Frage eingeräumt, ob und gegebenenfalls in welchem Maße ein Beamter die über die Anforderungen der bisherigen Laufbahn wesentlich hinausgehende Eignung für einen Aufstieg besitzt bzw. erwarten lässt, ferner eine Ermessensermächtigung hinsichtlich der Frage, wie viele und welche der als geeignet erscheinenden Beamten zum Aufstieg zugelassen werden. Der Beamte kann andererseits beanspruchen, dass über seine vorgeschlagene oder beantragte Zulassung zum Aufstiegsverfahren ohne Rechtsfehler entschieden sowie von praktizierten ermessensbindenden Richtlinien nicht zu seinem Nachteil grundlos abgewichen wird. Die verwaltungsgerichtliche Nachprüfung beschränkt sich insoweit darauf, ob die Verwaltung den anzuwendenden Begriff oder den gesetzlichen Rahmen, in dem sie sich frei bewegen kann, verkannt hat oder ob sie von einem unrichtigen Sachverhalt ausgegangen ist, allgemeine gültige Wertmaßstäbe nicht beachtet, sachfremde Erwägungen angestellt oder gegen Verfahrensvorschriften verstoßen hat. Sind Richtlinien erlassen, so kontrolliert das Gericht auch, ob die Richtlinien eingehalten worden sind, ob sie sich im Rahmen der gesetzlichen Ermächtigung halten und auch sonst mit den gesetzlichen Vorschriften im Einklang stehen.

Diese Auffassung hat das **Oberverwaltungsgericht Sachsen-Anhalt im Beschluss vom 26.4.2010 – 1 M 74/10** – vertreten.

Dabei ist auch zu beachten, dass der Aufstieg von einer Laufbahn in die nächst höhere Laufbahn regelmäßig mit einer Beförderung einhergeht, die nach Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung vorzunehmen ist.

In dem konkreten Fall ging es um den Aufstieg von Beamten des mittleren Po-

lizeivollzugsdienstes. Da mehrere Beamte die formellen Voraussetzungen der Polizeilaufbahnverordnung für die Zulassung zum Aufstieg erfüllten, kam es auf eine leistungsbezogene Auswahl an. So kamen im Wesentlichen die Grundsätze zur Anwendung, die für eine Auswahlentscheidung im Rahmen eines Stellenbesetzungsverfahrens maßgeblich sind.

Die Dienstbehörde konnte Beamte des mittleren Polizeivollzugsdienstes zur Ausbildung für den gehobenen Dienst zulassen, wenn sie nach ihrer fachlichen Leistung, ihren Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeit hierfür geeignet erscheinen. Die Zulassung wird aber widerrufen, wenn sich der Beamte für den gehobenen Polizeivollzugsdienst als ungeeignet erweist.

Jedenfalls können Beamte des mittleren Polizeivollzugsdienstes nur zur Ausbildung für den gehobenen Dienst zugelassen werden, wenn sie nach ihrer fachlichen Leistung, ihren Fähigkeiten und ihrer Persönlichkeit geeignet erscheinen. Dafür kommt es auf die Gesamtheit der maßgeblichen Kriterien an. **Dr. Otto**

Üblichkeit von Zahnlaborkosten nicht nach Bundeseinheitlichem Leistungsverzeichnis

Als ein Privatpatient bei seiner Krankenversicherung Rechnungen zur Erstattung vorlegte, bekam er Schwierigkeiten. Der Versicherer meinte, es hätte die zwischen den Innungsverbänden der Zahn-techniker und den Verbänden der gesetzlichen Krankenversicherung vereinbarten Höchstpreise berücksichtigt werden müssen; nach den Versicherungsbedingungen würden diese als üblich gelten.

Für die Versicherung kam es auf § 9 GOZ an. Danach können als Auslagen nur die dem Zahnarzt tatsächlich entstandenen angemessenen Kosten für zahntechnische Leistungen neben den für die einzelnen zahnärztlichen Leistungen vorgesehenen Gebühren berechnet werden, soweit diese Kosten nicht nach den Bestimmungen des Gebührenverzeichnisses mit den Gebühren abgegolten sind. Die Tatsache, dass in etwa 90 % aller in Deutschland abgerechneten zahnprothetischen Leistungen, d. h. bei den gesetzlich krankenversicherten Patienten, die zwischen den gesetzlichen Krankenkassen und dem Bundesinnungsverband der Zahntechniker vereinbarte BEL-Liste zugrunde gelegt wird, ist dabei jedoch unerheblich. Die Beiträge und Leistungen

werden in der gesetzlichen und in der privaten Krankenversicherung nach jeweils unterschiedlichen Gesichtspunkten errechnet und erbracht. Zudem werben Privatversicherungen in der Öffentlichkeit damit, dass sie eine bessere Versorgung als die der gesetzlichen Krankenversicherung ermöglichen wollen. Die von sozial- und wirtschaftspolitischen Erwägungen mitbestimmten Sätze in der BEL-Liste enthalten Vorgaben an die gesetzliche Krankenkasse, ist für die Erstattungspflicht des privaten Krankenversicherers gegenüber den Privatpatienten grundsätzlich nicht maßgebend. Zudem wird in der privatärztlichen Versorgung teilweise auch die vom Verband Deutscher Zahn-technikerinnungen erstellte „Bundeseinheitliche Bemessungsliste (BdB-Liste)“ mit ihren durchweg höheren Honorarsätzen herangezogen.

Diese Auffassung hat das **Landgericht Stuttgart im Urteil vom 10.11.2009 – 16 O 494/08** – vertreten. Danach konnte sich der private Krankenversicherer für die Bemessung seiner Erstattungspflicht nicht auf Regelungen berufen, die für die gesetzliche Krankenversicherung gelten. Für das Gericht stand außerdem fest, dass die abgesicherten Preise nicht unverhältnismäßig waren oder gegen den Grundsatz von Treu und Glauben verstießen.

Dr. Otto



Gewaltphänomene – Strukturen, Entwicklungen und Reaktionsbedarf

Die Herbsttagung des Bundeskriminalamtes ist ein fester Bestandteil im Terminkalender der Deutschen Sicherheitscommunity. Hochrangige Vertreter der Polizeibehörden treffen dort auf Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aus dem Bereich Privater Sicherheit, auf Politikerinnen und Politiker und Vertreter vieler Verbände. Die BKA-Herbsttagung ist inhaltliches und kommunikatives Highlight der deutschen Sicherheitspolitik. Dies liegt sowohl an den Themen der Tagungen als auch an den hochkarätigen Gästen und Referenten.



Sind sich der Gewaltproblematik in Deutschland bewusst: BKA-Präsident Jörg Ziercke, Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière und Staatssekretär Klaus-Dieter Fritsche während der Tagung

In den vergangenen Jahren wurden die Themenfelder Internationaler Terrorismus, IuK-Kriminalität, Wirtschafts- und Finanzkriminalität und international organisierte Kriminalität intensiv diskutiert.

In diesem Jahr also Gewaltkriminalität, weil die übergreifende Betrachtung von Gewaltkriminalität zum Ergebnis kommt, dass die Ausübung von körperlicher und psychischer Gewalt der Kern einer Vielzahl von Phänomenen darstellt, die das

polizeiliche Handeln notwendig machen. „Terroristische, extremistische und fremdenfeindliche Erscheinungsformen, Rackerkriminalität und Organisierte Kriminalität, Gewalt in öffentlichen Räumen, sexuelle Missbrauchshandlungen und Kinderpornographie: Bei all diesen Delikten hat physische und psychische Gewalt eine deliktsbegründende oder erschwerende Funktion.“, betont der Präsident des Bundeskriminalamtes, Jörg Ziercke. Nach seiner Auffassung fordere

darüber hinaus Gewaltkriminalität wie kaum eine andere Straftat die Gesellschaft zur Reflektion auf.

Gewalt in ihrer außerordentlich vielfältigen Form werfe bei näherer Betrachtungsweise Fragen auf, die unmittelbar an den Kernbereichen und Fundamenten unserer Gesellschaft rüttelt. „Wie ist es also um das Sozialkapital unserer Gesellschaft bestellt angesichts der übergreifenden Megatrends Globalisierung und Individualisierung? Und wie verhält es sich mit der Steuerungsfähigkeit und den Bewältigungskapazitäten unserer Gesellschaft angesichts transnationaler Vernetzungen?“, fragt Ziercke dringend. Eines werde nämlich durch diese weltweiten Tendenzen im Spiegelbild von Gewaltkriminalität besonders deutlich. Grundlegende Normen und Verbindlichkeiten, Werte und Spielregeln seien einem permanenten Prozess der Infragestellung, gelegentlich sogar der Auflösung, ausgesetzt. Mehr denn je müsse man sich angesichts dieser Tendenzen der Frage zuwenden, wie gesellschaftlicher Zusammenhalt und das Funktionieren eines staatlichen Gemeinwesens heute organisiert werden könne.

Medienverantwortung

Ziercke hob in seiner Rede insbesondere hervor, dass er einen deutlichen Zusammenhang zwischen Gewaltdelikten einerseits und der medialen Berichterstattung andererseits sehe. Während viele von schleichender Brutalisierung in den Köpfen Kinder und Jugendlicher sprächen, sei die tatsächliche Anzahl der jugendlichen Gewalttäter in der PKS nur geringfügig angestiegen. Eine rein zahlenmäßige Betrachtungsweise, so Ziercke, bringe jedoch wenig, denn sie besage nichts über das Dunkelfeld im Ganzen oder die Qualität einer Tat im Einzelnen. Die Statistik sei auch nicht in der Lage widerzuspiegeln, wie groß die empfundene Gefahr und Angst vor Kriminalität sei, die zu Schutz- und Vermeidungsverhalten vieler Menschen führe. „Es ist kein Zufall, dass insbesondere Phänomene wie terroristische Anschläge, Amokläufe oder rechtsextremistische Gewaltkriminalität“ zu einer besonderen Sensibilität geführt



BAK-HERBSTTAGUNG

hätten, „verunsichern solche Delikte doch im besonderen Maße, da sie zufällig zu erfolgen scheinen, zu jeder Zeit treffen können und sich durch besondere Brutalität auszeichnen.“, analysierte BKA-Präsident Ziercke. Den Medien käme in diesem Zusammenhang die Funktion des Katalysators dieser Sensibilisierungsprozesse zu, denn „über mediale Berichte wird heute mehr denn je Wirklichkeit konstruiert.“, so Ziercke.

Wie richtig Ziercke in diesem Punkt liegt, ist an der aktuellen Entwicklung bei der Analyse von Amoklägen zu erkennen. Die fürchterlichen Amokläufe an der Columbine High School in den Vereinigten Staaten, am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt und an der Albertville-Realschule in Winnenden haben jeweils Nachahmungen auf schreckliche Weise angeregt. Heute ist klar, dass sich viele Täter von der medialen Berichterstattung eine finale Aufmerksamkeit erhoffen. Nicht zuletzt deshalb sollen in Zukunft Berichterstattungen möglichst kurz gehalten werden, insbesondere die Person des Täters soll, so sehen es viele Verantwortungsträger in den Medienanstalten, keinen besonderen Raum in der Berichterstattung erfahren.

Ziercke beleuchtete in seinen beiden Redebeiträgen auch das Problemfeld Gewalt in der Familie, in dem er verdeutlichte, dass an diesem eigentlich geschützten Ort, die weiteste Verbreitung von Gewalt zu finden sei. „Sie ist dort am wenigsten zu kontrollieren und sie ist in ihrer Häufigkeit und ihrer Schwere die am stärksten unterschätzte Gewaltform.“, betonte Jörg Ziercke.

In dem Versuch alle Gewaltphänomene zu beleuchten, thematisierte der BKA-Präsident verschiedene Formen der organisierten Gewaltkriminalität; namentlich den politisch-ideologisch motivierten Terrorismus und die Rockerkriminalität sowie die Alltagskultur erfassende Fußballgewaltkriminalität. Gerade im Bereich des religiös motivierten Terrorismus hat das BKA neuere Erkenntnisse über die Möglichkeiten der Prävention erarbeitet.

Zu den Fragen, was extremistische und terroristische Akteure antreibe, welche Auslösesituationen und Aufschaukelungsprozesse für individuelles terroristisches Verhalten verantwortlich seien und unter welchen Bedingungen eine Person radikalisiert und letztlich zum Töten bereit werde, hat das Bundeskriminalamt intensive Studien betrieben (s. dazu DP 11/10, S. 37) . „Nur wenn wir besser ver-



BKA-HERBSTTAGUNG

stehen, aus welchen Gründen sich eine Person einer islamistisch radikalen Gruppierung anschließt bzw. bereit ist, sich von ihr auch wieder abzuwenden, können wir schneller reagieren, aber vor allem angemessen proaktiv und präventiv agieren“, stellte der BKA-Präsident klar.

rad Freiberg hatte im Gegensatz zum Bundesinnenminister vor einer erhöhten Terrorgefahr gewarnt, aber de Maizière ging nicht nur auf den Terrorismus ein, sondern verteidigte das Vorhaben der Bundesregierung zur Veränderung des sogenannten Widerstands-Paragrafen

nicht falsch sein“, betonte der Innenminister.

Als „notwendiges gesellschaftliches Signal“ bezeichnete deshalb auch Konrad Freiberg, die Gesetzesverschärfung. Zwar entspricht die Veränderung des § 113 StGB nicht der GdP-Forderung nach Einführung eines neuen § 115 StGB, aber die GdP begrüßt das Gesetzesvorhaben als einen Schritt in die richtige Richtung. Gesetze, die das Ziel verfolgen, Polizeibeamtinnen und -beamte wirksamer vor der unzweifelhaft wachsenden Gewalt und Brutalität zu schützen, müssen den Willen erkennen lassen, potenzielle Täter wirksam abzuschrecken. Gerade unter diesem Aspekt hatte die GdP vor allem gefordert, die Höhe der Eingangsstrafe anzuheben und die Bezeichnung des Strafgesetzbuchparagrafen von ‚Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte‘ in ‚tätlicher Angriff auf einen Vollstreckungsbeamten‘ umzubenen.

Der Bielefelder Soziologe, Professor Dr. Wilhelm Heitmeyer, verdeutlichte in seinem Festvortrag die Erklärungsansätze der ‚Theorie Sozialer Desintegration‘ (TSD), um die Zusammenhänge zwischen gesellschaftlichen Entwicklungen einerseits und Gewalt, gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit, Rechtsextremismus und ethnisch-kulturellen Konflikten andererseits zu erklären. Neben einigen ebenfalls gegebenen Ursachen von Gewalt sieht Heitmeyer eine besondere Gefahr in der Annahme von Ungleichwertigkeit in der Gesellschaft. „Eine besondere Schärfe nehmen die Probleme immer dann an, wenn Akteure die Ideologie der Ungleichwertigkeit und Gewalt zu einem politischen Konzept verbinden, in dem sie einerseits zu Legitimationszwecken auf Stimmungen, Einstellungen



Das BKA-Herbsttagungs-Thema bot genügend Brisanz für regen Gedankenaustausch auch in den Pausen.

Fotos (2): Bundeskriminalamt

Bundesinnenminister Dr. Thomas de Maizière reagierte in seinem Grußwort auf den BKA-Präsidenten und verdeutlichte für die Bundesregierung, dass es zwar eine abstrakt erhöhte Terrorgefahr gäbe, er jedoch keinen Anlass sehe, die Terrorwarnungen zu erhöhen. Diese Aussagen sind bemerkenswert, denn sie wurden wenige Tage vor dem Auffinden der vom islamistischen Terrornetzwerk Al-Qaida verantworteten Paketbombenserie getroffen. Insbesondere der GdP-Bundesvorsitzende Kon-

(§ 113 StGB). „Auch wenn man uns vorhält, mit der Anhebung der Maximalstrafe von zwei auf drei Jahre lediglich Symbolpolitik zu betreiben, muss man doch fragen, was an diesem Symbol falsch sei. Wenn Polizeibeamte für uns alle den Kopf hinhalten, kann das mit einer Gesetzesverschärfung ausgedrückte Zeichen ‚Wir dulden keine Gewalt gegen die Polizei‘



und Haltungen in verschiedenen Bevölkerungsgruppen zurückgreifen können und andererseits handlungsfähige Gruppen bzw. Parteien aufzubauen in der Lage sind, die Gewalt situativ, spontan oder strategisch einsetzen, um dadurch illegitime und zer-

britannien entwickelten PREVENT-Programms, das speziell im Bereich des religiös motivierten Extremismus Präventionsprogramme und Ausstiegsperspektiven entwickelt hat. Im Wesentlichen geht es darum, junge Muslime besser in

die Gesellschaft zu integrieren, damit sich dieser Bevölkerungsteil eine vernünftige soziale und ökonomische Perspektive erarbeitet. Damit wird auch dem Phänomen der Wahrnehmung eigener Ungleichwertigkeit entgegengewirkt. Teil des PREVENT-Programms ist darüber hinaus die Forschung über die Motivlagen und Verlaufsprozesse religiös motivierten Extremismus und Terrorismus. Kurzum: Die britische Regierung will verstehen, wie junge Muslime durch andere oder durch sich selbst radikalisiert und gewaltbereit werden. Dazu gehört auch, dass die britische Regierung nach wie

vor auf klassische Instrumente des Anti-Terrorismus setzt, gleichwohl verstanden hat, sogenannte Tipping Points zu vermeiden. Damit werden Überreaktionen des Staates gemeint, die in der extremistischen islamischen Subkultur massiv für Propaganda und Radikalisierung verwendet werden.

Egal in welchen Gesellschaften Präventionsprogramme auch umgesetzt werden, es scheint eins klar zu sein: Je mehr Menschen in einer lokalen Gesellschaft verankert sind, je mehr sie dort Anerkennung und Perspektiven für das tägliche Leben erhalten und je mehr sich Menschen als ein Teil einer funktionierenden Gemeinschaft empfinden, desto weniger gewaltbereit sind sie.

Sascha Braun



Gewalt gegen die Polizei ist Gewalt gegen den Staat. Die GdP setzt auf einen eigenen Paragraphen.

störerische Macht über Menschen, Sozialräume und Institutionen zu erlangen.“, erklärt Heitmeyer. Diese Konstellation sei inzwischen in der Bundesrepublik gegeben, es werde zwar nicht der Bestand des demokratischen Systems berührt, aber ganz zentral die Frage der Qualität politischer Kultur und einer demokratischen Atmosphäre aufgeworfen.

Den Gedanken der Prävention und Vorstellungen über Anti-Radikalisierungsprozesse entwickelte Dr. Peter Neumann, Direktor des International Centre for the Study of Radicalisation am King's College (London). Dr. Neumann schilderte in beeindruckender Form die unterschiedlichen Aspekte des in Groß-

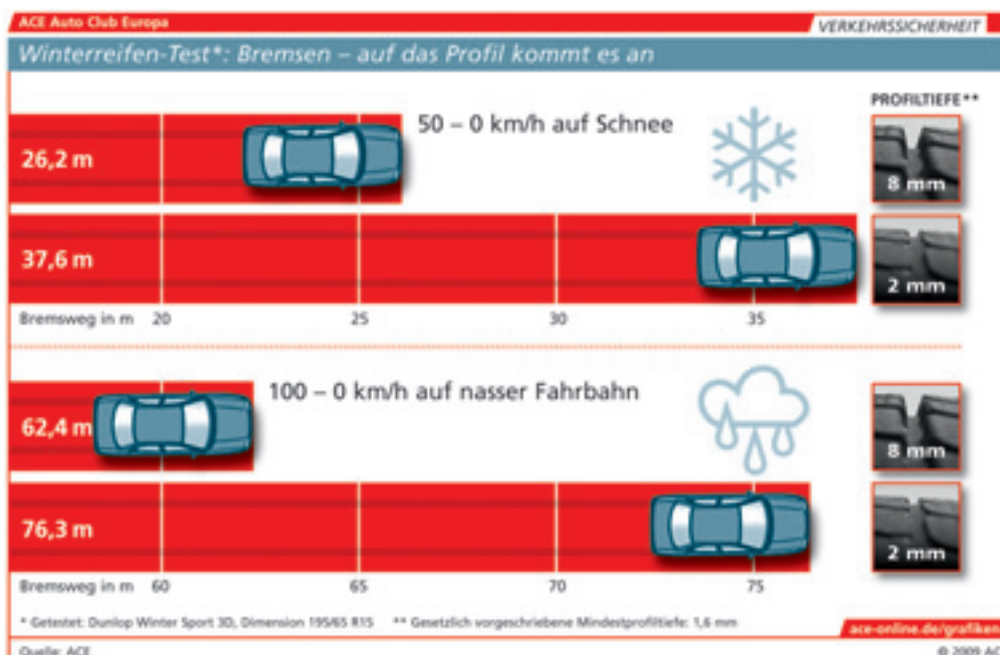


Höheres Bußgeld für Winterreifenmuffel

Wer bei Schnee, Eis oder Matsch ohne Winterreifen unterwegs ist, soll dafür künftig doppelt so viel Bußgeld zahlen müssen wie bisher: 40 statt 20 Euro und im Fall einer Verkehrsgefährdung sogar 80 statt 40 Euro. Bei Letzterem kommt wie bisher noch ein Punkt in Flensburg dazu.

fertigt, fordert aber auch: Wer höhere Strafen verhängt, der muss auch besser kontrollieren. Besser ins Visier genommen werden müssten beispielsweise Schulbusse und Laster.

Als halbherzig bezeichnete Frank Richter, für Verkehrspolitik verantwortliches Mitglied des Geschäftsführenden Bundesvorstands der GdP, die schon in diesem Winter gelten sollende neue Winterreifenregelung: „Zwar haben die Verkehrsminister von Bund und Ländern nun endlich die bislang diffusen ‚winterlichen Verhältnisse‘ durch die Begriffe ‚Schneeglätte, Schneematsch, Reifglätte oder Glatteis‘ klarer formuliert, doch bei der eindeutigen Kennzeichnung von Winterreifen ist die Politik wiederum ins Rutschen geraten. Technische Richtlinien seien komplett ausgeblendet worden. Die Polizei, so kritisierte Richter, werde so bei der winterlichen Überprüfung von Fahrzeugen erneut aufs Glatteis geführt.“



Die richtigen Reifen sind im Winter ein entscheidender Sicherheitsaspekt.

Foto: Deutscher Verkehrssicherheitsrat e.V., Bonn

Offenbar stelle der Handel Winterreifen zur Verfügung, die in Deutschland weder eine gültige Norm noch eine einheitliche Kennzeichnung besäßen. Es fehle zudem eine europäische Zulassungsvorschrift, in der die technischen Mindesteigenschaften von Winterreifen einheitlich und rechtlich verbindlich festgelegt seien. Bloße Herstellerangaben reichten nicht aus und führten sowohl beim Käufer, als auch später bei polizeilichen Kontrollen zu Unsicherheiten. Es festigte sich der Eindruck, dass die Reifenindustrie hier geschont werden solle und Verkehrsteilnehmer und Polizei im Schnee stehen gelassen würden, so Frank Richter. Er forderte die politisch Verantwortlichen auf, die personellen Ressourcen für die polizeiliche Verkehrsüberwachung generell zu stärken: „Polizei muss im Straßenverkehr sichtbar sein, und das ganzjährig. Allein die nicht zu übersehende Anwesenheit der Polizei im öffentlichen Raum ist praktizierte Prävention. Nur ein erhöhtes Risiko, auch tatsächlich für Fehlverhalten bestraft zu werden, zeigt Wirkung.“

Der ACE Auto Club Europa hält das Bußgeld angesichts der Unfallrisiken bei falscher Bereifung durchaus für gerecht-

Vom ACE kritisiert wird auch, dass speziell für Winterreifen keine Mindestprofiltiefe von 4 Millimeter vorgeschrieben werden soll, wie sie von Unfallverhütungsexperten gefordert wird.

„Was wir brauchen, ist eine europäische Zulassungsvorschrift, in der die technischen Mindesteigenschaften von Winterreifen einheitlich und rechtliche verbindlich festgelegt werden. Herstellerangaben reichen uns nicht“, sagt ACE-Sprecher Rainer Hillgärtner. Einen entsprechenden EU-Standard wird es laut ACE vor 2014 wahrscheinlich aber nicht geben. Ob sich die neue deutsche Vorschrift in der StVO bis dahin als hinreichend winterfest erweisen wird, bleibt aus Sicht des ACE abzuwarten.

Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer hatte die neue Winterreifenregelung angekündigt, nachdem im Sommer ein Gericht entschieden hatte, dass die seit 2006 gültige Vorschrift zur „geeigneten Bereifung“ wegen rechtlicher Unbestimmtheit nicht der Verfassung entspricht.

red.



Wer weiß Bescheid über die Bereitschaftspolizei?

Es ist nun schon Tradition, dass DEUTSCHE POLIZEI mit einem Weihnachts-Preis Ausschreiben ein wenig zur Einstimmung auf die Feiertage beiträgt. Abgesehen davon, dass wir von vielen unserer Leserinnen und Leser wissen, dass ihnen die Preis Ausschreiben richtig Spaß machen, locken bestimmt auch wieder die vielen attraktiven Preise zum Mitmachen. Die Fragen, die sich diesmal rund um die Bereitschaftspolizei drehen, sind übrigens gar nicht so schwer zu beantworten. Wer das Titelthema in der November-Ausgabe unserer Zeitung gelesen hat, ist klar im Vorteil. Darin sind nämlich die meisten der Antworten zu finden.

Wir freuen uns auf alle Zuschriften. Viel Glück!

1. Wie viele länderübergreifende Unterstützungseinsätze mussten 2009 von der Bereitschaftspolizei bewerkstelligt werden?

- a) 140
- b) 150
- c) 160

2. Wann wurden die Bereitschaftspolizeien der Bundesländer gegründet?

- a) 1950
- b) 1961
- c) 1964

3. Wo ist die Bereitschaftspolizei des Bundes organisatorisch angesiedelt?

- a) beim BKA
- b) bei der Bundespolizei
- c) Nirgendwo. Sie ist eigenständig.

4. Wie heißt der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei?

- a) Bernhard Schmidt
- b) Fred Winkler
- c) Alfred Altmann

5. Was bedeutet LF 150?

- a) Lagefragen (150 Fragen zur Lageeinschätzung)?
- b) Leitfaden 150 – Versorgung der Polizei im Einsatz
- c) Luftfahrt 150 – Verbringung der Einsatzkräfte an den Einsatzort per Hubschrauber

6. Wie viel Prozent der länderübergreifenden Unterstützungseinsätze sind auf den Einsatzeinlass Fußball zurückzuführen?

- a) 24 %
- b) 31 %
- c) 19 %

Einsendeschluss ist der 13. Dezember 2010.

Sollten mehr richtige Lösungen eingehen als Gewinne bereitstehen, entscheidet das Los. Eine Barauszahlung, Auszahlung in Sachwerten oder Tausch der Gewinne ist nicht möglich.

Von der Teilnahme ausgeschlossen sind hauptamtlich Beschäftigte der Gewerkschaft der Polizei. Der Rechtsweg ist ausgeschlossen.



Die Gewinner werden in der Januar-Ausgabe bekannt gegeben.

Das sind die Preise:

1. Preis:

Luminox Modell 8252 mit revolutionärem Beleuchtungssystem

2. Preis:

Oakley Brille „Monster Dog“

3. - 5. Preis:

Bitburger Freizeitset (Rucksack, Outdoor-Fleece-Pullover, Sixpack Bitburger Alkoholfrei)

6. - 10. Preis:

Biotherm Homme Aquapower Pflegeset

11. - 15. Preis:

Garnier Pflege-Set Damen (Fructis Re-Struktur Spülung und Shampoo, Fructis-Style Haarspray und Schaumfestiger)

16. - 20. Preis:

Garnier Pflege-Set Herren (Fructis Anti-Schuppen Shampoo, Fructis Style Gel und Fructis Style Beach-Look Gum)

21. Preis:

Reisenthel Tasche Travel e¹ (OSG)

22. Preis:

Cartamundi Compact Poker Set (OSG)

23. Preis:

Basecap GdP mit Leuchtleiste (OSG)

Die Antworten unter dem Kennwort „Preis Ausschreiben“ bitte an:

Gewerkschaft der Polizei

Redaktion DEUTSCHE POLIZEI

Stromstr. 4

10555 Berlin

oder per E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

oder per Telefax: 030 - 39 99 21 - 200



Foto: Franz Pritz/dpa





Unsere Organisation sollte es eigentlich gar nicht geben müssen

5. Treffen der „European Gay Police Association“ (EGPA) vom 30.6.-3.7.2010 in Wien

Zur offiziellen Eröffnung der Konferenz unter dem Motto „Diversity makes the difference“ richtete der Wiener Landespolizeikommandant, Herr General Karl Mahrer, seine Grußworte an die 132 Konferenzteilnehmer aus 12 europäischen Ländern und Australien.

Herr Mahrer ließ es sich nicht nehmen, das aktuelle Präventionsprojekt



Herr General Mahrer präsentiert das neue Präventionsprojekt – erstellt von der Wiener Polizei in Zusammenarbeit mit den „GayCopsAustria“ Fotos: Krömker/EGPA

der Wiener Polizei erstmals öffentlich vorzustellen.

Auch die Wiener Polizeivizepräsidentin, Frau Dr. Michaela Kardeis, richtete Grußworte an die Delegierten. Nach dem offiziellen Teil und einem Empfang im Wiener Rathaus folgten spannende und interessante Vorträge.

Über die Arbeit des Menschenrechtsbeirates im BM.I berichtete Herr Prof. Gerhart Wielinger.

In Workshops wurde die Rolle der Polizei im professionellen Umgang mit Opfern „antilesbischer und antischwuler Gewalt“ diskutiert. Weitere Themen waren die Medienarbeit/Öffentlichkeitsarbeit sowie die Nutzung und Erstellung von Netzwerken zum Austausch von Informationen und Erfahrungen europaweit.

Ein weiterer Schwerpunkt der Konferenz war das Thema „Homophob motivierte Hassverbrechen“ (Hate Crime). Hierzu berichteten die Kolleginnen Maria Tischbier aus Berlin (Ansprechpartnerin



Wolfgang Krömker, Stefan Katt (Niedersachsen), Guido Kolk (NRW), Thomas Ulmer (Baden-Württemberg) v.l.n.r.

für gleichgeschlechtliche Lebensweisen) und Rocio Rubio von der Polizei Barcelona.

Als besonders hilfreich wurde von den Rednern die gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen den Polizeidienststellen und den lesbisch/schwulen Gruppen dargestellt.

Persönlich betroffen gemacht hatte ein Bericht über die Situation von Lesben und Schwulen im EU-Land Ungarn. Durch einen Mitarbeiter von „Amnesty International Ungarn“ wurde die nicht einfache Situation zweier Kollegen aus Budapest dargestellt, die

European Gay Police Association (EGPA) wurde 2004 in Amsterdam gegründet.

Vorausgegangen war die Vergabe eines Diversitätspreises durch die Stadt Amsterdam im Jahre 2004 an die Kolleginnen und Kollegen des Vereins „Pinks in Blue“ (sinngemäß „Lesben & Schwule in der Polizei“). Die Kolleginnen und Kollegen entschlossen sich, das Preisgeld in eine europäische Idee zu investieren:

Gemeinsam mit dem Diversitäts-Zentrum der niederländischen Polizei wurde das erste europäische Symposium für lesbische und schwule Polizeibedienstete ins Leben gerufen. Über 100 lesbische und schwule Polizeiangehörige aus 10 europäischen Ländern folgten der Einladung nach Amsterdam. Ein europäisches Netzwerk war entstanden. Auch die Kolleginnen und Kollegen aus Deutschland unterschrieben den Vertrag von Amsterdam.

Unter dem Motto „Celebrate“ trafen sich ein Jahr später ca. 450 Polizeibedienstete aus ganz Europa zum zweiten Treffen in London. Da „Diversity Management“ (sinngemäß Vielfalt) in England einen besonders hohen Stellenwert hat, wird die „GPA“ (Gay Police Association – sinngemäß Vereinigung schwuler und lesbischer Polizeiangehöriger) als Teil der Polizei verstanden und nicht als rein privater Verein. Daraus resultiert die große Unterstützung durch die Polizeibehörden und Führungskräften.

Ein weiteres Treffen fand 2006 mit breiter Unterstützung seitens der Polizeiführung in Stockholm statt. Nach dem Seminar wurde die Möglichkeit offeriert, an der Gaypride-Parade in Stockholm teilzunehmen, die (ebenso wie zuvor in London) von der Polizei, insbesondere von der Polizeileitung, angeführt wurde.

2008 fand das Treffen im spanischen Barcelona statt. Auch hier erfuhren die Organisatoren und Teilnehmer große Unterstützung seitens der örtlichen Behörden.

Die Kolleginnen und Kollegen von den „Gay Cops Austria“ erhielten den Zuschlag für die Ausrichtung des Treffens 2010. Dazu sagte der Wiener Kollege Ewald WIDI (Obmann der GayCops Austria):

„Diese Konferenz auszurichten ist eine große Ehre aber auch eine Herausforderung. Sämtliche offizielle Stellen, mit denen ich in den letzten vier Jahren Kontakt hatte können nun in praktischer Art beweisen, dass sie die Gleichstellung von Schwulen und Lesben im Polizeidienst aktiv unterstützen und die in den Gesprächen zugesicherte Kooperationen gewähren.“

GLEICHGESCHLECHTLICHKEIT

sich unfreiwillig zu ihrer Homosexualität bekennen mussten und jetzt dienstlichen Repressalien ausgesetzt sind.

Durch diesen Bericht wurde uns klar, wie es ist, in einem freien Land zu leben und zu arbeiten.

Höhepunkt und zugleich Abschluss der Veranstaltung war die Teilnahme aller Konferenzteilnehmer an der 15. Regenbogenparade (CSD). Der Demonstrations-



Kolleginnen und Kollegen aus den Niederlanden präsentieren ihre Regenbogenflagge auf der Regenbogenparade

zug führte uns über die Ringstraße um die Wiener Innenstadt. Erstmals traten zur Regenbogenparade Polizeibeamtinnen und -beamte in ihrer nationalen Dienstbekleidung auf. Das Bild der Kolleginnen und Kollegen in Uniform setzte einen ganz besonderen Akzent.

Für die gelungene Organisation der Veranstaltung möchte ich mich bei dem Kollegen Ewald Widi und seinem Team von den „GayCopsAustria“ bedanken.

Des Weiteren geht mein Dank auch an das BM.I der Republik Österreich sowie der Stadt und der Polizei Wien.

Auf Wiedersehen 2012 in Dublin!

**Wolfgang Krömker,
Ansprechpartner für gleichgeschlechtliche Lebensweisen
bei der Polizeidirektion Oldenburg**

POLIZEISPORT

Gold aus den Händen der Kurfürstin

Die Fachhochschule der Polizei des Landes Brandenburg (FHPol) war vom 21. bis 24. September 2010 Ausrichter der 29. Deutschen Polizeimeisterschaften (DPM) im Judo.

190 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus 15 Bundesländern und der Polizei des Bundes reisten an. 156 Judokas, darunter 47 Frauen, kämpften um Titel, Medaillen und Urkunden.

Zahlreiche Ehrengäste konnten vom Vizepräsidenten der FHPol, Dr. Jochen Christe-Zeyse, willkommen geheißen werden und wohnten der feierlichen Eröffnungsveranstaltung bei. Der Bürgermeister der Stadt Oranienburg, Hans-Joachim Laesicke, kehrte die historischen Wurzeln der Stadt durch die „Wiederauferstehung“ von Friedrich Wilhelm Kurfürst von Brandenburg und seiner Gemahlin Louise Henriette von Oranien-Nassau in originalgetreuen Kostümen hervor. Das „Kurfürstenpaar“ war der

Die Delegation der Bundespolizei, mit zahlreichen Athleten aus dem Bundesleistungszentren, gewann überlegen die Mannschaftswertung und erhielt den Pokal des Ministers des Innern. Auf den Plätzen folgten die Mannschaften aus Nordrhein-Westfalen und Sachsen.

Als „bester Techniker“ wurde Robert Gess (Bundespolizei) und als „beste Technikerin“, Luise Malzahn aus Sachsen-Anhalt geehrt. Den „schnellsten Kampf“ lieferte Sina Felske (Nordrhein-Westfalen) ab, die ihre Gegnerin nach acht Sekunden mit Ippon auf die Matte schickte. Sie erhielt einen Ehrenpreis vom Vertreter der Gewerkschaft der Polizei, Bodo Böhlemann (FHPol Brandenburg).

Für den Bundesfachwart im Judo,



Kerstin Schmidtsdorf (Brandenburg) ist die alte und neue Deutsche Polizeimeisterin. Das „Kurfürstenpaar“ (l.) gab den Siegerehrungen einen historischen Rahmen.

Foto: Diemo Nimptsch

Hingucker der Veranstaltung und gab den Siegerehrungen einen historischen Rahmen.

Der Präsident des Brandenburgischen Judoverbandes, Jan Schröder, verfolgte aufmerksam die Wettkämpfe. Er fungierte zugleich als Trainer der Auswahlmannschaft „Polizei Brandenburg“, die sich mit nur acht Aktiven teuer verkaufte. Die Gastgeber konnten sich über 1 x Gold, 2 x Silber, 1 x Bronze und zwei 5. Plätze und somit über einen beachtlichen 4. Platz in der Gesamtwertung freuen.

Günther Neureuther (Bayern), war es zugleich die Sichtung der Kandidaten für die Teilnahme an den Europäischen Polizeimeisterschaften im Judo im Mai 2011 in Paris.

Wir sahen hochkarätige Wettkämpfe und eine gut organisierte Veranstaltung der kurzen Wege. An dieser Stelle sei allen Mitwirkenden bei der Vorbereitung und Durchführung der DPM für ihr Engagement und die professionelle Arbeit gedankt.

Antje Hagemann



Höchste Konzentration an 24 Brettern

Bad Königshofen i. Grabfeld: Im unterfränkischen Kurort an der fränkischen Saale gelegen wurden zum 14. Mal die Deutschen Polizeimeisterschaften im Schach durchgeführt. Ralf Kotter hat seinen Titel vom Vorjahr erfolgreich verteidigt.

49 Teilnehmer ermittelten in sieben Runden den Meister des königlichen Spiels. Neben aktiven und bereits im Ruhestand befindlichen Polizeibediensteten nahm ein 13-jähriger Schüler des gastge-

sterschaft mit der ersten von insgesamt sieben Runden. Wie in all den bisher gespielten Meisterschaften musste auch 2010 jeder Spieler innerhalb von zwei Stunden 40 Züge schaffen. Nach zwei



Ein Lächeln trotz hoher Konzentration: Josef Tepe (l.) im Spiel gegen Ralf Kotter in Runde 2

benden Schachklubs Bad Königshofen 1957 als Gast an dieser Meisterschaft teil – er hat es manchem nicht einfach gemacht.

Vor Beginn am 2. November 2010 um 15 Uhr nutzten viele Teilnehmer die davor durchgeführte Schnellschachmeisterschaft als letztes Training bzw. als Aufgalopp zur eigentlichen Meisterschaft – wobei jeder Spieler nur 30 Minuten Bedenkzeit für die Partie hatte. Schnellschachmeister wurde – wie bereits im vergangenen Jahr – der für den Schachklub Hansa Dortmund spielende Fideimeister (FM) Ralf Kotter. Den zweiten Platz belegte mit Gerd Jahrsdörfer ein Kollege, der in Bad Neustadt seinen Dienst versieht und für den ausrichtenden Verein SC Bad Königshofen spielt.

Am 2. November wurde die Meisterschaft im Beisein des 2. Bürgermeisters der Stadt Bad Königshofen i. Grabfeld, Herrn Udo Jahrsdörfer, und dem 1. Vorsitzenden des Schachklubs Bad Königshofen, Jürgen Müller, eröffnet.

Pünktlich um 15 Uhr begann die Mei-

sternung wurde kontrolliert, ob innerhalb der erlaubten Zeit die geforderte Anzahl der Züge erreicht worden sind. War dies geschafft, erhielt jeder Spieler weitere 30

Minuten Bedenkzeit. In dieser Zeit musste die Partie zu Ende gebracht werden. Das bedeutete nach insgesamt 5 Stunden war die Partie in jedem Fall zu Ende.

Nach spannenden Runden mit hohem Kampfgeist der Spieler gewann Ralf Kotter die Meisterschaft mit fünf Siegen und zwei Unentschieden. Es folgten sieben Spieler mit jeweils 5,0 Punkten. Zur Festlegung der Platzierung mussten also die in der Ausschreibung festgelegten weiteren Wertungen herangezogen werden.

Den zweiten Platz sicherte sich der Bad Königshofener G. Jahrsdörfer. Dritter wurde Fideimeister Rupert Prediger. Den undankbaren vierten Platz belegte der Thüringer Michael Wegerich.

Die ausgelobten Sonderpreise gewannen:

Hermann Reif (SK Krumbach) für Spieler mit einer Wertzahl unter 1.900 (4,0 Punkte), Wolfram Christen (Potsdamer SV Mitte) für Spieler mit einer Wertzahl unter 1.700 (4,0 Punkte), Dieter Mosthaf (SF Göppingen) für Spieler mit einer Wertzahl unter 1500 (3,0 Punkte) und Wilfried Adler vom SC Lindau als bester Senior (über 60 Jahre) mit 4,0 Punkten.

Den Jungseniorenpreis (40-60 Jahre) erhielt Carsten Kreiling von der SVG Eppstein mit 5,0 Punkten.

Dieter Klebe

Die nächste Deutsche Polizeimeisterschaft findet vom 31.10. bis 6.11.2011 in Angermünde statt.



Die Sieger und Prämierten: v.l.n.r. Hermann Reif (Sonderpreis), Wilfried Adler (bester Senior), Joachim Görg (Fünfter), Gerd Jahrsdörfer (Vizemeister), Wolfram Christen (Sonderpreis), der siebenmalige Meister Ralf Kotter, Michael Wegerich (Vierter), Rupert Prediger (Dritter), Carsten Kreiling (Bester Jungsenior), Dieter Mosthaf (Sonderpreis). Fotos: Klebe



Das Scheitern des Schengener Informationssystems (SIS II)

Das Schengener Informationssystem (SIS) ist eine nichtöffentliche Datenbank, in der Personen und Sachen eingetragen sind, die im Schengen-Raum zur Fahndung, mit einer Einreisesperre oder als vermisst ausgeschrieben sind. Zugriffsberechtigt sind nur Sicherheitsbehörden in „Schengen-Ländern“. Rechtsgrundlage sind das Schengener Übereinkommen (SDÜ) und die zugehörigen Durchführungsvereinbarungen. Die erste Generation des SIS soll seit langem technisch erneuert und mit Zusatzfunktionen ausgestattet werden. Dazu wurde 2001 die EU-Kommission mit der Entwicklung von SIS II beauftragt. Termin war 2006. Der wurde fünfmal verschoben und ist nun für das Frühjahr 2013 angekündigt.

Die berechtigten Stellen können im SIS Informationen über Personen oder Gegenstände anfragen oder registrieren. Es werden zum Beispiel zur Haft ausgeschriebene Personen oder verlorene Gegenstände erfasst. Die meisten Länder des Schengener Übereinkommens sind an dieses System angeschlossen – die ersten waren Frankreich, Deutschland, Belgien, Niederlande und Luxemburg. Weitere Länder haben den Schengener Vertrag später unterzeichnet und sich damit dem System angeschlossen, dazu gehören Dänemark, Estland, Finnland, Griechenland, Island, Italien, Lettland, Litauen, Malta, Norwegen, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Schweiz, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechische Republik und Ungarn. Zurzeit wird das Schengener Informationssystem also von 25 Ländern benutzt, von denen Island, Norwegen und die Schweiz nicht Mitglieder der Europäischen Union sind. Alle Unterzeichnerstaaten des Schengener Abkommens müssen das Übereinkommen in vollem Umfang anwenden.

Irland und Großbritannien, können gemäß dem Vertrag von Amsterdam freiwillig an der Schengen-Zusammenarbeit teilnehmen und dabei die Teilbereiche auswählen, die sie tatsächlich anwenden wollen. Diese Staaten werden also voraussichtlich nur zum Teil am SIS teilnehmen, wenn es ihnen die technischen Bedingungen erlauben.

Das SIS soll die grenzüberschreitende Verbrechensbekämpfung erleichtern. Es speichert z. B. die Daten von Asylbewerbern im ganzen Schengenraum, um Doppelbewerbungen auszuschließen. In dieser Datenbank sind aber auch Personen und

Sachen eingetragen, die im Schengenraum zur Fahndung ausgeschrieben sind.

Das SIS wurde 1995 als Ersatz für die weggefallenen Grenzkontrollen eingeführt und ermöglicht Polizei- und Justizbehörden der teilnehmenden Länder die Fahndung nach Personen und Sachen.

Die seit dem Abbau der Grenzkontrollen 1995 funktionierende erste Generation des Schengener Informationssystems soll bereits seit langem technisch erneuert und mit Zusatzfunktionen ausgestattet werden. Dazu wurde 2001 die EU-Kommission mit der Entwicklung von SIS II beauftragt.

Die für 2006 vorgesehene Fertigstellung wurde zwischenzeitlich fünfmal verschoben und ist nun für das Frühjahr 2013 angekündigt. Im Hinblick auf den aktuellen Projektstatus (erneut gescheiterte Testläufe) erscheint auch dieser Termin fraglich.

SIS II

Die zukünftige SIS-II-Datenbank soll die Erweiterung der Schengenländer um östliche EU-Beitrittsländer bewältigen und zudem biometrische Daten wie Fingerabdrücke, die in elektronischen Reisepässen gespeichert sind, archivieren.

Für die Entwicklung und das Vertragsverhältnis zu den ausführenden Firmen ist die Europäische Kommission verantwortlich.

Die Europäische Kommission hat im Jahr 2001 den Auftrag zur Entwicklung des Schengener Informationssystems der zweiten Generation erhalten.

Die für 2006 vorgesehene Fertigstellung wurde zwischenzeitlich fünfmal ver-

schohen und ist nun für 2011 angekündigt, was im Hinblick auf den aktuellen Projektstatus (erneut gescheiterte Testläufe) allerdings fraglich erscheint. Aus Sicht der Bundesregierung sind es nicht die biometrischen Daten und Zusatzfunktionen des SIS II, welche für die Verzögerungen ursächlich sind.

Zwei jüngst durchgeführte Testläufe haben erhebliche Mängel in der grundlegenden Architektur des Systems bestätigt: mangelnde Stabilität, mangelnde Performanz, erratic behavior, Fehleranfälligkeit.

Mittlerweile hat Frankreich eine technische Alternativlösung für das zentrale System entwickelt, die eine zeitnahe und kostengünstige Fertigstellung ermöglichen würde, beruhend auf der Modernisierung des bestehenden Systems. Die nationalen Investitionen bleiben bei diesem Konzept weitestgehend erhalten. Die SIS-II-Rechtsgrundlagen werden vollumfänglich respektiert.

Die angegebene Summe von 54,3 Mio. Euro bezieht ausschließlich die Kosten für die Entwicklung des zentralen Systemteils. Die für die nationale Entwicklung in Deutschland im Innenausschuss angegebenen 12,1 Mio. Euro sind nicht der deutsche Anteil an dieser Summe. Diese Kosten beziffern die zusätzlichen Aufwände für die nationale Umsetzung des SIS II.

Erläuterung zur Terminologie: Das SIS 1+ bezeichnet das bestehende Schengener Informationssystem. Unter SISone4ALL versteht man das technische Projekt zur Erweiterung der Teilnehmerzahl des bestehenden Systems, in dessen Rahmen zehn weitere Mitgliedstaaten integriert werden könnten. Die technische Basis bleibt dabei weiterhin das SIS 1+.

Aufgrund der fünffachen Verzögerung bei der Einführung des SIS II musste das bestehende System erneuert werden, um auch weiterhin die Funktionsfähigkeit und Wartbarkeit zu garantieren. Bei dieser Modernisierung des SIS 1+ wurde das System bis Mitte 2010 komplett modernisiert und auch strukturell überarbeitet. Das System wird seither als SIS 1+R (R für Renewal) bezeichnet.

Auf dieser modernisierten Plattform könnte der Ausbau zu der technischen Al-



ternativlösung SIS 1+RE (R = Renewal, E = Evolution) erfolgen.

Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Europäische Kommission für die Entwicklung des SIS II und das Vertragsverhältnis zu den ausführenden Firmen verantwortlich ist. Die diesbezüglichen Fragen betreffen nicht den Verantwortungsbereich der Bundesregierung. Die Antworten geben daher nur die Kenntnis und Einschätzung der Bundesregierung

lamentes davon abweichend eine Summe von 68 Mio. Euro benannt. Der Haushalt der Kommission, Artikel 18 02 04 – Schengener Informationssystem – weist Verpflichtungen von 143 Mio. Euro bzw. Zahlungen von 76 Mio. Euro aus.

Die Kosten und die Zukunft des Schengener Informationssystems nach dem zu erwartendem Scheitern waren Gegenstand einer Kleinen Anfrage der Abgeordneten der Fraktion DIE LINKE

abhängig zu machen. Der Verlauf beider Testläufe hat aus Sicht der Bundesregierung die erheblichen Mängel des Systems (mangelnde Stabilität, mangelnde Performanz, erratices Verhalten, Fehleranfälligkeit) bestätigt. Eine Bewertung des Rates steht noch aus.

Grundsätzlich können die technischen Probleme des SIS II wie folgt beschrieben werden:

- Der gewählte technische Ansatz ist mittlerweile nach sechs Jahren Entwicklungszeit veraltet.
- Der gewählte technische Ansatz ist zu komplex und daher nicht, wie in der Ausschreibung gefordert, erweiterbar (skalierbar).
- Der Vertragsnehmer hat offensichtlich Probleme, die von ihm ausgewählten technischen Produkte zu beherrschen (z.B.: Datenbank Oracle, Middleware Bea Weblogic).

Darüber hinaus sind aus Sicht der Bundesregierung auch Managementfehler zu verzeichnen, wie beispielsweise das Abnehmen von vertraglichen Testphasen trotz gravierender Fehler, reaktives Vertragsmanagement und der Verzicht auf Vertragsstrafen trotz Nichteinhaltung vereinbarter Lieferungen durch den Vertragsnehmer.

Welche Auftragnehmer sind aus Sicht der Bundesregierung für die Hauptprobleme, wie Überalterung des gewählten technischen Ansatzes, die zu hohe technische Komplexität des Ansatzes, der nicht erweiterbar ist und deshalb der Ausschreibung widerspricht (siehe Bundestagsdrucksache 17/1354) verantwortlich?

Generalunternehmer für die technische Realisierung ist das Firmenkonsortium aus HP und STERIA. Die Überalterung des technischen Ansatzes ist der Laufzeit des Projektes geschuldet. Die technische Komplexität ergibt sich aus der grundsätzlichen Struktur des Programms, die von dem Unternehmen STERIA konzipiert wurde. Einen Einblick in die technische Struktur erhielten die Mitgliedstaaten erst Anfang 2009 aufgrund einer Architektur-Studie, als nach einer gescheiterten Testphase (Operational System Test) das grundsätzliche Konzept des Systems auf den Prüfstand gestellt wurde.

Wer ist politisch und operativ verantwortlich für die Wahl eines Auftragnehmers, der die Forderungen der Ausschreibung nicht erfüllte oder erfüllen konnte und offensichtlich Probleme hat, „die von ihm ausgewählten technischen Produkte zu beherrschen (z. B.: Datenbank Oracle, Middleware Bea Weblogic)“



wieder, die diese aufgrund von Informationen der Europäischen Kommission erlangt hat.

Kostenentwicklung

Für die Entwicklung des Zentralen Systems wurde von der Europäischen Kommission auf Nachfrage Deutschlands die Summe von 54 Mio. Euro genannt.

Allerdings hat die Kommission im LIBE-Ausschuss des Europäischen Par-

lamentes im Deutschen Bundestag. Hier – auszugswise – einige Fragen der Fraktion DIE LINKE und die Äußerungen der Bundesregierung dazu:

Aufgrund welcher technischen Probleme ist SIS II letzten Endes gescheitert, und waren es immer dieselben seit dem Start des Projekts?

Auf deutsche Initiative hat der Rat im Juni 2009 im Rahmen von Schlussfolgerungen beschlossen, das weitere Vorgehen im SIS II von zwei „Meilensteintests“



(Bundestagsdrucksache 17/1354), und um welchen Auftragnehmer handelt es sich hier?

Der Rat hat mit Beschluss 2001/886/JI und Verordnung 2424/2001 vom 6. Dezember 2001 der Europäischen Kommission das Mandat zur Errichtung des SIS

neun Jahre seit Auftragserteilung durch die Kommission technische Fehler und Fehler des Managements, wie sie in den Fragen 4 bis 7 angesprochen sind, zu beheben?

Deutschland hat sich – auch aufgrund der Erfahrungen mit Bund-Länder-Projekten – fortlaufend und umfassend in

legation im EU-Innenministerrat haben dem „Ausschuss nach Artikel 36“ (CATS – zuständig für den Bereich der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen) im Juni diesen Jahres einen umfangreichen Fragenkatalog zur europäischen Fahndungsdatenbank SIS II, die sich derzeit immer noch in Entwicklung befindet, geschickt. Darin kritisieren beide Länder insbesondere die Ausmaße der Entwicklungskosten und mögliche Sicherheitslücken des Systems. So sollen für den Ausbau der Datenbank statt anfangs noch 15 Millionen Euro nun rund 143 Millionen Euro vorgesehen sein.

Eine Erklärung verlangen die beiden Länder ferner dafür, warum die Reaktionszeiten der zentralen Datenbank im Zusammenspiel mit der nationalen Datenbank bei Erstellungs- und Überarbeitungs- oder Lösprozessen künftig fünf bis zehn, statt drei Minuten betragen dürfen.

Ferner wird kritisiert, dass ein sich öffnendes großes Sicherheitsloch nicht geschlossen sei, da der Netzversorger Orange – nach wie vor – Zugang zu den unverschlüsselten

Daten in SIS II hat.

Zwischenzeitlich wird als Startertermin für SIS II das erste Quartal 2013 gehandelt. Auch daran haben Österreich und Deutschland große Zweifel, zumal die dafür notwendigen Grundannahmen noch nicht definiert seien.

Zwischenzeitlich ist das EU-Parlament den Empfehlungen des EU-Haushaltsausschusses gefolgt und hat Mitte Oktober 2010 die für 2011 vorgesehenen 30 Millionen Euro für SIS II gesperrt.

Dieser Betrag soll erst dann freigegeben werden, wenn die EU-Kommission einen realistischen und verbindlichen Zeitplan für die Fertigstellung von SIS II vorlegt. Deutschland, Österreich und Frankreich haben wohl recht, wenn sie sich – nach den gescheiterten Testläufen – kritisch bis ablehnend verhalten.

Horst Müller

(Die kompletten Antworten der Bundesregierung siehe: BT-Drucksachen 17/1354 vom 13.04.2010 und 17/1893 vom 1.6.2010).



II erteilt. Daraus folgt die Gesamtrealisierungsverantwortlichkeit der Europäischen Kommission für das Projekt SIS II. Dementsprechend hat die Europäische Kommission sämtliche Aktivitäten im Zusammenhang mit der Auftragsausschreibung und Auftragsnehmerauswahl, hier konkret Vertragsschluss am 26. Oktober 2004, ausgeführt.

In wie vielen Fällen wären nach Ansicht der Bundesregierung Vertragsstrafen in welcher Höhe gegen welche Auftragnehmer fällig bzw. überlegenswert gewesen?

Das Vertragsmanagement obliegt der Europäischen Kommission. Generell können Vertragsstrafen eingefordert werden, wenn vertragliche Meilensteine nicht erreicht werden. Dabei kann es sich beispielsweise um vertraglich vereinbarte Testphasen oder um eine nicht termingerechte Erbringung von Leistungen handeln. Bisher wurden zwei vertraglich vereinbarte Testphasen durchgeführt, die beide nicht fehlerfrei verliefen.

Welche Schritte hat die Bundesregierung unternommen, um im Laufe der

Ein Großinsatz gegen Autoschieber und Menschenschleusung an der sächsisch-polnischen Grenze bei Bautzen am 24.6.2010. Immer mehr Privatleute und Unternehmer im Osten Sachsens hatten seit Dezember 2007 eine steigende Kriminalität beklagt. Damals fielen die Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien weg, nachdem die beiden Länder dem Schengen-Abkommen beigetreten waren.

Foto: Arno Burgi/dpa

die Beratungen eingebracht und hierbei Vorschläge unterbreitet, wie das Projekt SIS II fortgesetzt werden sollte. Die Bundesregierung bedauert, dass sich die Europäische Kommission diese Hinweise zu großen Teilen nicht zu Eigen gemacht hat.

Streit verschärft sich

Inzwischen verschärft sich der Streit zwischen einzelnen EU-Mitgliedsstaaten und der EU-Kommission über die Weiterentwicklung von SIS II weiter.

Die österreichische und deutsche De-



11. Bundesseniorenfahrt der GdP geht nach Menorca, dem Sylt Spaniens

Wie in den vergangenen Jahren findet auch 2011 eine GdP-Bundesseniorenfahrt statt. Diesmal geht es vom 29. September bis zum 13. Oktober 2011 nach Menorca – eine Insel mit ursprünglichen Charme und kulinarischen Spezialitäten, wo von jeher alte Traditionen besonders gepflegt werden.



*Wird höchsten Ansprüchen gerecht: das Hotel Barceló Pueblo Menorca*****

Foto: Rewe Touristik

Um möglichst vielen GdP-Senioren die Gelegenheit zur Teilnahme an der 11. Bundesseniorenfahrt zu geben, haben wir ein Hotel gesucht und getestet, das wieder höchsten Ansprüchen gerecht wird und trotzdem ein gutes Preis-Leistungs-Verhältnis bietet. Mit dem Hotel Barceló Pueblo Menorca**** haben wir ein attraktives Angebot gefunden, ohne auf Leistung und Komfort verzichten zu müssen. Im Ort Punta Prima, im Süden der Insel Menorca gelegen, bietet das Hotel mit seiner großzügigen Pool-, Garten- und Sportanlage Ruhe und Erholung. In dem beliebten Ferienort, welcher hauptsächlich von menorquinischen Sommerhäusern geprägt ist, findet man nur wenige Hotels, einige Bars und Restaurants an der von Felsen eingerahmten feinsandigen Bucht. Per Linienbus ist Mahon, die Hauptstadt der Insel Menorca, gut zu erreichen.

Unser Hotel liegt mit seinen Sportanlagen nur wenige Meter vom flach abfallenden Strand entfernt.

Das moderne, im Winter 2007/2008 komplett renovierte Haus der gehobenen Mittelklasse verfügt über insgesamt 374 Zimmern auf vier Etagen. Zu seinen

Annehmlichkeiten gehören eine großzügige Empfangshalle mit Rezeption und Sitzgelegenheiten, Lift, Lobbybar, Internetcorner, Barsalon mit Showbühne, ein Restaurant, Pool- und Snackbar,

Souvenirshop und ein auffallend schönes Spa-Center. Im gepflegten und modern gestalteten Außenbereich befinden sich zwei von Sonnenterrassen umgebene Swimmingpools und eine Pool-Bar. Liegen, Sonnenschirme und Badetücher sind am Pool inklusive.

In der separaten Freizeitanlage des Hotels sind ein weiterer Pool mit Jacuzzi (Whirlpool) und Poolbar. Hier findet man auch die Sport- und Freizeiteinrichtungen der Hotelanlage: zwei Tennis-Hartplätze, ein Beachvolleyballfeld, Boccia, Bogenschießen und Minigolf. Billard und Tischtennis gibt es ebenfalls im Barceló Pueblo Menorca. Ein buntes Animationsprogramm am Tage und gute Shows am Abend lassen keine Langeweile aufkommen. Die Zimmer sind modern und geschmackvoll eingerichtet mit Bad, Balkon, Klimaanlage, Föhn, Telefon, Sat-TV, Mikrokühlbar (gegen Gebühr) und Mietsafe.

Das Hotel Barceló Pueblo Menorca bietet ein gutes „Alles-inklusive-Angebot“: Frühstück, Mittag- und Abendessen als abwechslungsreiches Buffet. Kaffee/Tee und Gebäck (15-18 Uhr), Snacks alkoholische und alkoholfreie Getränke nationaler und internationaler Marken, Erfrischungsgetränke sowie Eis von 10 bis 23 Uhr.

Thomas Klein

Unser Angebot zur 11. Bundesseniorenfahrt: p. P. im DZ/AI ab 999 Euro

Bei Interesse an unserer 11. Bundesseniorenfahrt fordern Sie Informationen und den Anmeldebogen bitte mit dem nachstehen Coupon an!



• **GdP-Service GmbH**
• **11. Bundesseniorenfahrt**
• **Gudastr. 9**
• **40625 Düsseldorf**

• Bitte senden Sie Informationsmaterial und Anmeldebogen für die Menorca-Reise an:

• Name/Vorname: _____

• Straße: _____

• Wohnort: _____

• Telefon: _____

• E-Mail: _____



Liebe Seniorinnen, liebe Senioren, am Ende zu sein, ist der richtige Zeitpunkt für einen neuen Anfang. Das Jahr geht zu Ende. Es ist Zeit, darüber nachzudenken, wie es weitergeht.



Anton Wiemers

Soll alles so bleiben wie es ist? Wollen wir an allem festhalten? Sicher nicht, denn alles, was wir festhalten, wird zu Gift. Wenn wir z.B. die Luft anhalten, ersticken wir, wenn wir Nahrung festhalten, vergiftet sie uns. Alles verändern? Das kann auch nicht sein, dann wäre NICHTS mehr so, wie es war.

Das Schlechte soll durch Besseres er-

setzt werden, das Gute soll bleiben. Wie blicken wir in die Zukunft? Können wir auf Fortschritt hoffen?

Nach Jahrzehnten eines ereignisreichen Lebens gibt es vieles, was man in Händen hält – und um jeden Preis festhalten will. Man hat sich einen Ruf erworben. Man genießt Ansehen, hat Einflussmöglichkeiten. Doch am Ende des Berufslebens verliert man das Ansehen, das dem Amt entgegengebracht wurde, dann ist man Privatmensch. Nicht mehr im Mittelpunkt stehen, das gilt es zu verkraften. Nach einigen Jahren im Ruhestand zählt das Berufliche kaum noch. Neues soll an die Stelle des Alten treten, sonst könnte die Erstarrung vergiften. Frischer Wind tut auch der Seele gut.

Hans Kasper sagt: „Stets anderer Meinung zu sein ist das Gegenteil davon, eine eigene Meinung zu haben.“

Es soll Menschen geben, die das ganze Leben als Kampf betrachten. Als Kampf gegen andere Menschen, gegen die politischen Verhältnisse, die persönlichen

Umstände, letztlich: gegen sich selbst. Das ist eine sehr anstrengende und ermüdende Lebenshaltung. Es gibt immer etwas, das besser, schöner, größer, produktiver, gerechter sein könnte. Es gibt immer Gründe, den Status quo zu bekämpfen. Aber wollen wir das wirklich? Wo bleiben die Lebensfreude, wo die Dankbarkeit und der Blick für all die Perfektion, die trotz allem auch immer wieder in unserem Leben präsent ist?

Unbestritten: Vieles liegt im Argen. Aber wir können mehr Veränderung bewirken, wenn wir nicht nur gegen Missstände kämpfen, sondern Alternativen und Lösungen anbieten. Wir müssen unsere Wünsche, unser Zukunft formulieren: Wo wollen wir in drei oder fünf Jahren sein?

Die Senioren haben konkrete Ziele. Sie gehen optimistisch in das nächste Jahr und wünschen eine besinnliche Weihnachtszeit und allen alles Gute für 2011.

Anton Wiemers,
Bundesseniorenvorsitzender

10. Bundesseniorenfahrt – ein Rückblick

Es sollte aus Anlass des zehnjährigen Jubiläums etwas Besonderes werden, unsere Fahrt nach Spanien an die Costa de la Luz. Im Jahr 2000 fing es auf Initiative unseres ehemaligen Bundesseniorenvorsitzenden Heinz Blatt und unserem Gewerkschaftssekretär Hans Adams mit einer aus heutiger Sicht bescheidenen Teilnehmerzahl an. Budapest war das erste Ziel, danach ging es nach Moskau/Petersburg und nach Ischia; Bulgarien, Türkei und Tunesien waren dann die Regionen, zu denen sich immer mehr GdP-Senioren aufmachten. Dieses Jahr also Andalusien. Nur infolge „knapper“ Flugkontingente wurde die Zahl von 700 Teilnehmern nicht überschritten. Die Anreise erfolgte innerhalb von drei Tagen, wobei erstmals eine Sondermaschine ab Düsseldorf gechartert worden war. GdP geht in die Luft, diesmal nicht wegen von der Politik beschlossener beabsichtigter Einschnitte, sondern zur Information und Erholung an die spanische Atlantikküste.

Unser Hotel Valentin Sancti Petri, das im Zusammenhang mit der Weltausstel-

lung in Sevilla gebaut wurde, ließ keine Wünsche offen. Die Hotelanlage gepflegt, das Essen reichhaltig mit großer Auswahl und für jeden Geschmack, das Personal freundlich und hilfsbereit. Den Strand erreichte man über einen über die Dünen führenden Holzsteg. Das Wetter spielte mit, so dass man auch noch täglich im Meer, oder auch in den großen Swimmingpools baden konnte. „All inclusive“, nach außen sichtbar durch ein GdP-Armband, war das Zauberwort, das die Urlaubskasse schonte.

Drei Ausflüge konnten schon zu Hause gebucht werden. Von Sevilla waren alle begeistert. Die größte Kathedrale der

Welt im gotischen Stil war auch wegen der Kunstschatze beeindruckend und beim Bummel durch die engen Gassen des ehemaligen Judenviertels der Stadt fühlte man sich in eine andere Welt ver-



Die größte Kathedrale der Welt im gotischen Stil in Sevilla

setzt. Jerez und Cadiz waren die Ziele des zweiten Ausfluges. In einer großen Bodega wurden wir durch die Lagerhallen geführt, in denen der Sherry lagert, bis er abgefüllt wird. Zurückhaltung war bei der Sherry-Probe aber angesagt, da es anschließend zur „Königlichen Hofreit-

schule“ ging. Dort wurde uns die hohe Kunst des Dressurreitens gezeigt, wie man sie vergleichbar wohl nur noch in Wien zu sehen bekommt. Der dritte Ausflug ging nach Gibraltar, wo die Felsen, die Tropfsteinhöhle, die aufdringlichen Affen oder auch die Delphine beeindruckten.

Aber was wären die Bundesseniorenfahrten ohne gewerkschaftliche Informationen aus erster Hand. Hans Adams, ein eigentlich unverzichtbarer Kenner des Beamten- und Versorgungsrechts, stand zum letzten Mal am Rednerpult, da er im nächsten Frühjahr in Rente gehen wird. Er ging in seinem Vortrag zunächst auf die journalistisch – bewusst oder unbewusst – falsch aufbereiteten Vergleiche zwischen Rentnern und Pensionären ein. So machte er u.a. deutlich, dass bei einem korrekten Vergleich von bestimmten Personengruppen mit gleichen Schul- und



Bernhard Witthaut während seines Vortrages.

Bildungsabschlüssen und beruflicher Lebensläufen die Pensionäre gegenüber Rentnern keineswegs bevorzugt werden. Danach ging er auf die Auswirkungen der Föderalismusreform I ein, und zeigte auf, dass es seit diesem Zeitpunkt in vielen Fällen bei einem Wechsel von einem Bundesland zu einem anderen zu Problemen im Beamten- und Versorgungsrecht komme und Lösungen bisher fehlen würden. Die von ihm aufgezeigten Szenarien für die Zukunft, also die in der Politik geplanten Verschlechterungen, können Angst machen. Politiker aller Parteien sehen aufgrund der von ihnen zu verantwortenden Haushaltssituation und der leichten Durchsetzung im Beamtenbereich (nämlich ohne Mitbestimmung per Gesetz) die Möglichkeit, bei den Beamten und Pensionären heftig zu sparen. Angedacht ist dabei die Herabsetzung des Ruhegehaltssatzes auf unter 70 %, die Erreichung des Höchstruhegehalts-



Unser Urlaubsstrand

Fotos: Wilfried Pukallus

satzes erst nach 42 oder sogar 45 Jahren, die Reduzierung der Anrechnung von Vordienstzeiten, die Verringerung der Zurechnungszeiten von 2/3 auf 1/3 und die volle Anrechnung anderer Einkommen auf die Pensionsleistungen. Lieber Hans, vor diesem Hintergrund bräuchten wir Dich weiterhin oder zumindest jemand mit Deinem Wissen!

Bernhard Witthaut, unser designierter neuer Bundesvorsitzender, bedankte sich in seinem Vortrag zunächst bei den beiden GdP-Gewerkschaftssekretären, Hans Adams und Dietmar Michael, aber auch bei Thomas Klein von der GdP Service GmbH Nordrhein-Westfalen, für ihr hervorragendes Engagement im Zusammenhang mit der Ausrichtung und Begleitung der Bundesseniorenfahrten. Für Hans und Dietmar war es die letzte Bundesseniorenfahrt, die sie organisiert hatten, da auch Dietmar Michael nächstes Jahr in Rente geht. Danach ging Bernhard Witthaut auf den nächsten Bundeskongress ein, bei dem die Gewalt gegen Polizeibeamte, die dazu veröffentlichte Studie des Kriminologischen Forschungsinstitutes Niedersachsen und die Forderung nach einem neuen § 115 StGB „Gewalt gegen Polizeibeamte“ Themen sein werden. Auch wies er darauf hin, dass die Beihilfe keineswegs eine „Wohltat“ des Staates an seine Beamten und Pensionäre sei, sondern die billigste Variante, denn eine Überführung dieses Personenkreises in die gesetzliche Krankenversicherung würde viel teurer werden. Vor dem Hintergrund der steigenden Gesundheitskosten müssten privat Versicherte, also auch die „Staatsdiener“ mit bis zu 20 % höheren Beiträgen rechnen. Ein weiteres Thema war der bevorstehende „heiße Herbst“, der vor dem Hintergrund eines Gorleben-Einsatzes, den Protesten gegen Stuttgart 21, der Atom- und Energiepolitik der Bundesregierung die Polizei an den Rand ihrer Handlungsfähigkeit bringen wird. Hier werden sich die zum Teil massiven

Personaleinsparungen der letzten Jahre rächen. Da zum Zeitpunkt unseres Aufenthalts in Spanien wegen der beabsichtigten Kürzung der Gehälter um 30 %, insbesondere im öffentlichen Dienst, zu einem Generalstreik aufgerufen worden war, verlas Bernhard Witthaut folgende Grußadresse in Spanisch „Nosotros, el grupo del sindicato de la policia alemana, queremos transmitir nuestra solidaridad con nuestros compañeros huelguistas españoles“, um den Streikenden unsere Solidarität mitzuteilen.

Der neue Bundesseniorenvorsitzende, Anton Wiemers, nutzte die Gelegenheit, sich bei den Senioren vorzustellen. Dabei ging er auf seine vier Leitthemen „Begegnungen/Reisen“, „Beratung (Versorgung/Beihilfe)“, „Bildung – geistig rege bleiben“ und „Bewegung – gesunde Ernährung/Gesundheit“ ein.

Nach zwei Wochen ging es dann gut erholt und bestens informiert wieder zurück in die Heimat. Unser Dank gilt wieder einmal unserem Reisebegleiterteam, in diesem Jahr allerdings ganz besonders Hans Adams und Dietmar Michael, die die Fahrten zukünftig nicht mehr als Verantwortliche begleiten werden. Wir werden Euch, allerdings nicht nur bei den zukünftigen Seniorenfahrten, vermissen! Für die „dritte Halbzeit“ alles Gute!

Schon vor Ort erfolgte durch Dietmar Michael der Hinweis auf die 11. Bundesseniorenfahrt. In der Zeit vom 29. September bis 15. Oktober 2011 werden wir für zwei Wochen nach Menorca fliegen. Die gezeigten Bilder des Hotels Barceló in Pueblo (www.barcelopueblomenorca.com), der attraktive Preis ab 999 Euro (siehe Seite 37 – die Redaktion) und die Erwartung auf schöne und informative Tage haben dazu geführt, dass sich bereits mehr als die Hälfte der diesjährigen Teilnehmer/innen schon fürs nächste Jahr angemeldet haben. **Wilfried Pukallus**



Internationale Kfz-Verschiebung

Jahr für Jahr verursacht die Internationale Kfz-Verschiebung einen nicht zu unterschätzenden volkswirtschaftlichen Schaden. Längst sind in diesem Bereich organisierte Tätergruppen mit hierarchischen Strukturen aktiv, die sehr gezielt vorgehen. Immer wieder bedienen sie sich auch neuer Praktiken wie zuletzt Zerlegehallen zur Ersatzteilgewinnung. Kriminalhauptkommissar Frank Thietz ist ein Kenner dieser Materie. Der Autor erörtert die Internationale Kfz-Verschiebung von Grund auf, indem er einzelne Elemente wie bevorzugte Fahrzeugtypen, die Täter und deren Organisation sowie deren Erlangungsmethoden, und mögliche Vertriebswege für gestohlene Kfz zunächst näher erläutert und diese dann anhand von Fallbeispielen in einen anschaulichen Zusammenhang setzt. So vermittelt er dem Leser das notwendige Wissen, das Voraussetzung für eine wirksame Bekämpfung des Kfz-Diebstahls und der Internationalen Kfz Verschiebung ist.



Insbesondere Kriminal- und Schutzpolizisten sowie Sachbearbeiter der Versicherer profitieren in ihrem Arbeitsalltag von den aufgezeigten Ermittlungsansätzen und Anhaltspunkten bei der Identifizierung gestohlener Kfz.

Internationale Kfz-Verschiebung, Frank Thietz, VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH, 1. Auflage 2010, 176 Seiten, DIN A5, Broschur, 16,90 Euro, ISBN 978-3-8011-0608-9

Tarifvertragsgesetz und Arbeitskampfrecht präzise kommentiert

Der komplett neu überarbeitete und deutlich erweiterte Kommentar behandelt das Tarifvertragsrecht und das Arbeitskampfrecht in einem einzigen Band. Die Rechtsprechung von BAG, BVerfG und EuGH ist bis Juni 2010 umfassend eingearbeitet. Zahlreiche Praxistipps sowie knapp 80 Stichwörter aus dem Arbeitskampfrecht machen das Werk auch für Interessenvertreter zu einem unentbehrlichen Nachschlagewerk.



Inhaltliche Schwerpunkte der 3. Auflage sind u. a. die kontrovers diskutierten Themen

- Tarifeinheit, Tarifpluralität und Streikrecht
- Tarifliche Regelungen bei Unternehmensumstrukturierungen, Betriebsübergang, Betriebsstilllegung und -verlagerung
- Tarifliche Öffnungsklauseln
- Gewerkschaftliches Klagerecht gegen Tarifvertragsverstöße
- Tarifflucht und Firmentarifvertrag
- Tarifliche Gestaltung der Leiharbeit
- Vorteilsregelungen für Gewerkschaftsmitglieder
- Arbeitsvertragliche Bezugnahmeklauseln
- Allgemeinverbindlichkeit und Mindestlohn
- Streik für einen Sozialtarifvertrag, Solidaritätsstreik, Flashmob-Aktionen

- Tarifaufonomie und Streik im Europarecht
- Tarifvertragsgesetz und Arbeitskampfrecht, Kompaktcommentar, Peter Berg, Helmut Platow, Christian Schoof, Hermann Unterhinninghofen, Bund Verlag, 2010, 3. Überarbeitete Auflage, 811 Seiten, 89,90 Euro, ISBN 978-3-7663-3996-6**

Neue Entwicklungen der forensischen Diagnostik in Psychologie

Die Diagnostik ist für die Rechtspsychologie, die Forensische Psychiatrie und die Forensische Soziale Arbeit zentral. Sie ist Grundlage für wichtige Fragestellungen, wie z. B. der Schuldfähigkeits-, Prognose- oder Gefährlichkeitseinschätzung, bedeutsam für die Kriminalprävention und die Behandlung von Straftätern sowie deren Evaluation. Die einzelnen Beiträge be-



trachten aktuelle forensische Entwicklungen und praktisch bedeutsame Themen. Dabei wird aus interdisziplinärer Perspektive vor allem der neuste wissenschaftliche Stand heraus gearbeitet. Alle Autorinnen und Autoren sind forensisch er-

fahrene Praktiker mit hoher Fachexpertise, die ihr Wissen anwendungsorientiert und verständlich vermitteln.

Neue Entwicklungen der forensischen Diagnostik in Psychologie - Psychiatrie und sozialer Arbeit, Denis Köhler, Verlag für Polizeiwissenschaft, 361 Seiten, 26,90 Euro, ISBN 978-3-86676-127-8



Deutsche

Polizei

Nr. 12 • 59. Jahrgang 2010 • Fachzeitschrift und Organ der Gewerkschaft der Polizei

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Forststraße 3a, 40721 Hilden, Telefon Düsseldorf (0211) 7104-0, Fax (0211) 7104-222

Homepage des Bundesvorstands der GDP: www.gdp.de

Redaktion Bundestell: Marion Tetzner (verantwortliche Redakteurin)

Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4, 10555 Berlin,

Telefon: (030) 39 99 21 - 113 Fax (030) 39 99 21 - 200

E-Mail: gdp-redaktion@gdp-online.de

Grafische Gestaltung & Layout: Rembergt Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Mitteilungen und Anfragen bitten wir an den jeweiligen Landesbezirk zu richten.

Erscheinungsweise und Bezugspreis:

Monatlich 2,90 EURO zuzüglich Zustellgebühr. Bestellung an den Verlag. Für GDP-Mitglieder ist der Bezug durch den Mitgliedsbeitrag abgegolten

Titel

Foto: Simone Neumann

Gestaltung: Rembergt Stolzenfeld



Verlag:

VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH

Anzeigenverwaltung

Forststraße 3a, 40721 Hilden

Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183,

Fax (0211) 7104-174

E-Mail: vdp.anzeigenverwaltung@vdpolizei.de

Geschäftsführer:

Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:

Antje Kleuker

Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 32 vom 1. April 2009



Druckauflage dieser Ausgabe:

176.773 Exemplare

ISSN 0949-2844

Herstellung:

L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,

DruckMedien

Marktweg 42-50, 47608 Geldern,

Postfach 1452, 47594 Geldern,

Telefon (02831) 396-0

Fax (02831) 89887

